

PÄDAGOGIK HEUTE

100
Jahre jung!

Herausgegeben vom

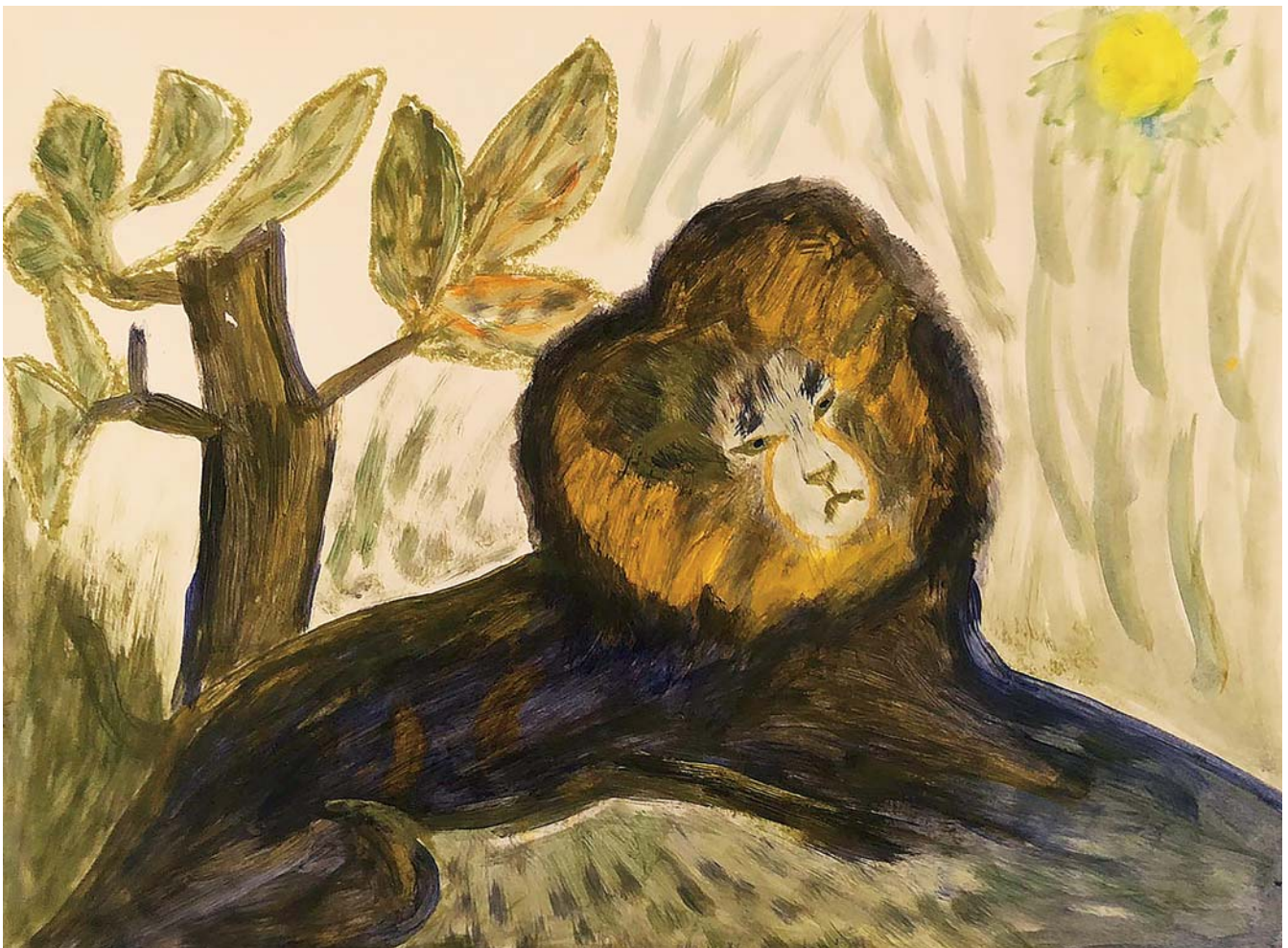
LVKE

Landesverband katholischer Einrichtungen und
Dienste der Erziehungshilfen in Bayern e. V.

Januar – Juni 2020 · 71. Jahrgang | Ausgabe 1, 2020

SONDERAUSGABE

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge



Gemalt von einem Geflüchteten aus der Erstaufnahme bei dem Projekt
„Mohr-Villa ist bunt – Begegnungen beim künstlerischen Arbeiten“ –
Mehr dazu unter <https://www.mohr-villa.de/programm/kurse-und-treffpunkte/kunstwerkstatt/>

Liebe Leserinnen und Leser,

Migration und Flucht sind aufgrund der Ereignisse in den letzten Jahren stärker als zuvor in den Fokus der öffentlichen Diskurse geraten. Aus der Perspektive eines Landesverbandes, der die Einrichtungen und Dienste der katholischen Erziehungshilfe vertritt, bedeutet Integration die Kultur der Fürsorge, Aufnahme und Solidarität. In unserer pädagogischen Arbeit heißt dies beispielsweise, die sozioökonomische Teilhabe und den Zugang zu erzieherischen Leistungen von Beginn an zu fördern.

Zum Jahresende 2014 waren in etwa 60 Einrichtungen unserer katholischen Träger knapp 1000, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF), davon knapp 15 Prozent weiblich, untergebracht und wurden betreut – der größte Anteil davon in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. In 2016 waren es um die 3000 und durch die bundesweite Umverteilungen sank die Zahl 2017 auf etwa 2200 umF. Von 2018 bis 2019 verminderte sich die Zahl der betreuten umF um weitere 34 Prozent zum Vorjahr.

Hinter diesen Zahlen steckt ein unglaubliches Engagement bei der Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben und zu meist ein vertrauensvolles Miteinander – sowohl von Seiten der Freien Träger, als auch der Träger der Öffentlichen Jugendhilfe. Es wurde hervorragende Arbeit geleistet, die selbstverständlich getan wurde – allerdings, meines Erachtens nach, manchmal als viel zu selbstverständlich gesehen wurde und wird.

Genau dies war unter anderem mit eine Motivation für diese [Sonderausgabe der Pädagogik Heute](#). Wir halten es für wichtig, nochmal zu reflektieren, einen Blick zurückzuwerfen und uns zu verdeutlichen: „Was“ haben wir „wie“ getan? Was haben wir gelernt? Sind wir unserem Leitsatz und unserer humanitären Haltung „Kein Flüchtling darf verloren gehen“ treu geblieben? Insbesondere diesem Gedanken fühlen wir uns als konfessioneller Verband besonders verbunden.

Erholung von der Flucht, einen Raum zu haben für psychische Stabilisierung, Tagesstruktur, Begleitung im Alltag, Forderung nach nachhaltigen Lebensperspektiven – im Sinne von Integration – auf all diese Aspekte möchten wir in dieser Ausgabe einen Blick werfen. Dabei orientieren wir uns an dem Ziel, dass Kinder sich frei und in Sicherheit zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln können. Dies ist ein Aspekt unseres christlichen Profils und entspricht unserer Verpflichtung zum wirksamen Schutz aller Kinder.

Ich hoffe, dass die für diese Ausgabe ausgewählten Aspekte unserer Arbeit mit den Kindern, Jugendlichen und Familien Ihr Interesse finden.

Einen ganz großen Dank an alle, die Unterstützung geleistet haben: Dank an die Autor*innen und Interviewten und insbesondere an das Malprojekt „MOHR-VILLA IST BUNT- Begegnung beim künstlerischen Arbeiten“. In diesem Projekt ist das Titelbild der aktuellen Ausgabe, gemalt von einem Geflüchteten, entstanden.

Herzliche Grüße

Petra Rummel

Geschäftsführerin LVkE

Inhalt

Vorwort	2
<i>Petra Rummel</i>	
Junge Flüchtlinge – Rückblick, Erfahrungen, Perspektiven	4
<i>Petra Rummel</i>	
„Es ist wichtig, dass Thema am Leben zu erhalten“	11
<i>Interview mit Petra Rummel, LVkE, und Michael Kroll, KJS</i>	
„Ich habe sehr viel Bewunderung für diese jungen Menschen“	14
<i>Interview mit Gabriele Leibold, IN VIA Jugendmigrationsdienste (JMD) Bayern</i>	
„Wir sollten uns überlegen, wie wir eine positive Stimmung gestalten können“	16
<i>Stefan Wagner, LCV</i>	
„Nichts war so beständig wie die Unbeständigkeit“	17
<i>Ausschuss umF in der Diözese Würzburg</i>	
„Es braucht Geduld“	20
<i>Interview mit Dagmar Köhler-Dotter, päd. Fachkraft</i>	
Neues Land, neue Sprache, neue Kultur – vier junge Geflüchtete berichten von ihren Eindrücken	22
„Das roch nach Lösungen, nicht nach Problemen“	24
<i>Interview mit Jutta Hahn, Jugendwerk Don Bosco Bamberg und Sarah Armbrrecht, Caritas Jugendhilfe Pettstadt</i>	
„Ein Jugendamt alleine kann das nicht schaffen“	28
<i>Interview mit Franz Prügl, Leiter des Kreisjugendamts Passau</i>	
Not sehen und handeln	30
<i>Fachforum Stationäre Einrichtungen der Diözese Passau</i>	
„Unsere Arbeit macht Sinn, wenn man dafür die Ressourcen in die Hand nimmt.“	33
<i>Interview mit Johanna Anthofer, Abteilungsleitung im BBW Abensberg, Lorenz Dineiger, Bereichsleiter St. Vincent</i>	
„Man muss sich fragen, was sich bewährt hat“	36
<i>Interview mit Erwin Lehmann, Kreisgeschäftsführer der Caritaszentren Stadt und Landkreis Rosenheim, sowie Franz Schlund, Geschäftsführer der DiAG Kinder- und Jugendhilfe beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.</i>	
Unbegleitete (minderjährige) Flüchtlinge in der bayerischen Kinder- und Jugendhilfe – Clearing und Folgeunterbringung 2017 ff.	39
<i>Michael Eibl (Vorsitzender LVkE), Petra Rummel (Geschäftsführung LVkE) Axel Möller (Vorsitzender KJS Bayern), Michael Kroll (Geschäftsführung KJS Bayern)</i>	
Personalia	44
Verstorbene Weggefährt*innen- die Erinnerung bleibt	45

Junge Flüchtlinge – Rückblick, Erfahrungen, Perspektiven

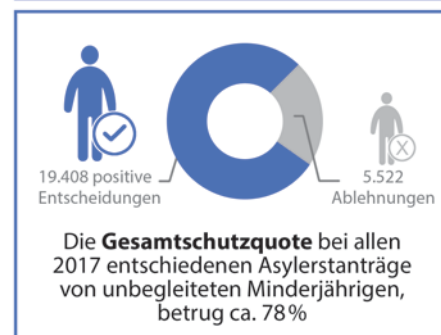
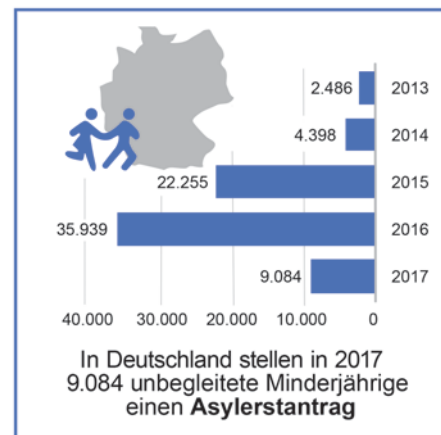
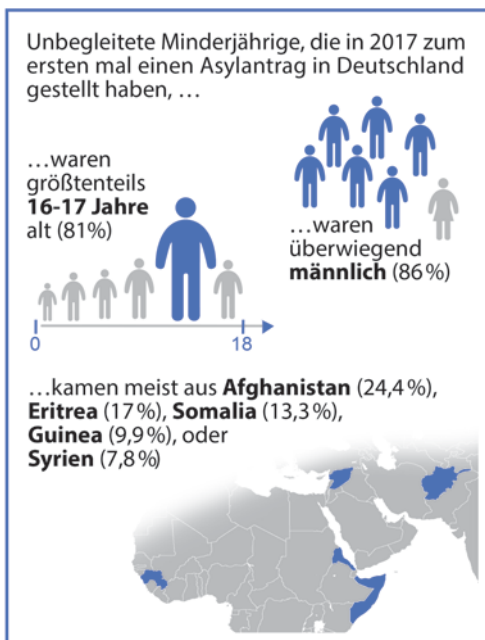
Petra Rummel

Erstveröffentlichung: „Junge Geflüchtete in den Erziehungshilfen. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“ - Gaßmann, A.; Köck, T.; Schmollinger, T. (Hg.), 2019, Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau.

Weltweit sind in den letzten Jahren die Zahlen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umF) gestiegen und auch in Deutschland gab es von 2008 bis 2016 einen stetigen Anstieg von Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen (uM). Spitzenzeiten waren die Jahre 2015/2016 mit bis zu 35.939 Anträgen von jungen Flüchtlingen. Einen deutlichen Rückgang von bis zu 75 Prozent verzeichnen die Zahlen

Asylerträge von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland

Quelle: Asylgeschäftsstatistik BAMF, 2018



Quelle: BAMF|(c) Freepik|Flaticon.com

Entwicklung des Zugangs von Asylerträgen (vgl. BAMF 2018)

	2014	2015	2016	2017	2018
Erstantragsteller	173.072	441.899	722.370	198.317	40.932
Davon uM	4.398	22.255	35.939	9.084	1.325

Diese umF stellen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention aufgrund ihres Alters, der Herauslösung aus ihren Herkunftsländern und Familien und ihrer rechtlichen Situation eine besonders schutzbedürftige Flüchtlingsgruppe dar.

Im Kontext der vermehrten Zuwanderungen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wurde die rechtliche Zuständigkeit für diese Zielgruppe im Kinder- und Jugendhilfegesetz, dem SGB VIII, verankert. Damit wurde einer bundesweiten Forderung Rechnung getragen, alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 18 Jahren entsprechend der gesetzlichen Vorgaben des § 42 Abs 1 Nr. 3 SGB VIII direkt durch das zuständige Jugendamt in Obhut zu nehmen. Seit dem 01.01.2014 besteht diese Regelung und damit eine große pädagogische und praktische Herausforderung für die Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe. Im Folgenden werden im Zuge eines Rückblickes unter ausgewählten Aspekten die Veränderungen aufgrund der starken Zuwanderung in Bayern dargestellt¹.

Entwicklungen 2014–2018

Im Jahr 2014 kamen etwa 3.400 umF neu in Bayern an, Ende Dezember 2015 waren ca. 15.000 umF und junge Volljährige im System der Jugendhilfe untergebracht. Diese dramatische Zuspitzung der Aufnahmesituation, vor allem die Konzentration auf die Grenzregionen und Ballungsgebiete, erforderten massiv den Auf- und Ausbau zusätzlicher Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten.

Auf Landesebene wurde daher das sog. For.UM (Forum unbegleitete Minderjährige) eingerichtet. Hier waren im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft Akteure der Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, die zuständigen Ressorts der Bayerischen Staatsregierung, die kommunalen Spitzenverbände, die Heimaufsichten der Regierungen sowie Vertreter der Wirtschaft beteiligt.

Die Auftaktveranstaltung am 29.09.2014 behandelte eine kontinuierliche Analyse der Situation, Benennung, Differenzierung und Gewichtung der Themen und Entwicklung von Handlungsstrategien.

Die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrt und ihre (ehrenamtlichen) Fachkräfte arbeiteten mit Hochdruck an der Lösung der damaligen Notsituation, z. B. in Form von zeitnahen Unterbringungen, Clearingangeboten und der Inbetriebnahme neuer Einrichtungen. Natürlich ging es zunächst um die Versorgung der jungen Menschen. Gleichzeitig beachtete die Kinder- und Jugendhilfe eine fachlich versierte Betreuung durch Pädagogen_innen.

Ein strukturelles Kernelement waren die zentralen Inobhutnahmestellen. Schon 2013 wurden dazu „Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahmeeinrichtungen für 16-17-jährige unbegleitete Minderjährige“ (vgl. Caritas Bayern (Stand 15. November 2013)) an vier zentralen Standorten (München, Augsburg, Nürnberg und Regensburg) entwickelt und 2014 dann umgesetzt. In diesen Einrichtungen wurde das Ankommen in Deutschland erleichtert sowie die existentielle Grundversorgung und die Einbindung in pädagogische Betreuung auf den Weg gebracht. Hier erfolgte ein immenser Auf- und Ausbau von Clearingangeboten und Unterbringungen in stationären Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe, wo die meist hoch traumatisierten jungen Menschen in spezialisierten Wohn- und Gruppenangeboten versorgt und betreut wurden. Die Jugendmigrationsdienste, anerkannte Fachstellen zur Begleitung und Beratung junger Menschen mit Migrationsgeschichte, waren ebenfalls in die Begleitung involviert, um ihnen eine bestmögliche soziale, schulische und berufliche Eingliederung zu ermöglichen. Auch Kindertageseinrichtungen stellten sich auf die kurzfristige Aufnahme der Kinder ein.

Spracherwerb, Schulbildung und Berufsausbildung waren Schlüsselqualifikationen für eine gelingende Perspektiventwicklung der jungen Flüchtlinge. Im Schuljahr 2014/2015 standen beispielsweise ca. 180 Klassen

¹ Der Beitrag bezieht sich auf rechtliche Regelungen mit Stand von Februar 2019. Es bleibt abzuwarten, wie sich in Bayern die rechtlichen Rahmenbedingungen entwickeln werden.

mit rund 3.000 Plätzen für berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge an 65 Berufsschulen in ganz Bayern zur Verfügung.

Wichtig war in dieser Situation auch, einen qualitätsorientierten, nachhaltigen Auf- und Ausbau der Betreuungs- und Versorgungsstruktur für die umF zu gewährleisten. In den Einrichtungen und Diensten waren die Fachkräfte ganz konkret Kindern und Jugendlichen gegenübergestellt, die hochgradige Belastungsfaktoren wie Fluchthintergrund, Traumata mit deren Folgen und ein „zusammengebrochenes“ Familiensystem mit sich brachten. Erste Erfahrungen zeigten, dass die gängigen Konzepte nicht ausreichend waren, angefangen bei sprachlichen Barrieren, kulturellen Verständigungsschwierigkeiten bis hin zu unzureichenden ausländerrechtlichen Kenntnissen. Die spezifischen Bedarfslagen zu identifizieren, die jungen Menschen in den verschiedensten Phasen bis hin zur Selbständigkeit zu begleiten, war und ist eine große Verantwortung. Die Schilderung zeigt, wie sehr in dieser äußerst dynamischen Zeit alle Agierenden auf den unterschiedlichsten Ebenen gefordert waren. Denn: Notwendige Vorschriften für den Betrieb von Jugendhilfeeinrichtungen, die fachliche Eignung des Personals, das Primat der Kinder- und Jugendhilfe – all das musste wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Bundesweite Verteilung und Rückgang der Zugangszahlen

Seit dem 01.11.2015 werden umF nach dem „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ gleichmäßig auf Bundesländer und Kommunen verteilt. Die Aufnahme der Länder wird vom Bundesverwaltungsamt nach einer festgelegten Quote, dem sog. „Königsteiner Schlüssel“, und gemäß § 42 b SGB VIII gesteuert.

Die Konsequenz war bereits nach wenigen Wochen zu spüren. In Bayern trat einerseits eine Entlastung der Jugendhilfe ein, z. B. wurden die Notunterkünfte aufgelöst, um die jungen Menschen in einer den Schutzbedürfnissen entsprechenden Umgebung unterzubringen. Andererseits wirkte sich die Umverteilung auf die Belegungssituation und pädagogisch-therapeutische Arbeit der Einrichtungen aus: Inobhutnahmeeinrichtungen und Clearinggruppen wurden geschlossen und teilweise in andere Angebote umgewandelt.

Im Dezember 2016 befanden sich ca. 10.000 umF in der Zuständigkeit der bayerischen Jugendämter (vgl. StMAS Zuständigkeitszahlen für 2016), im Dezember 2018 noch ca. 5.500 (vgl. StMAS Zuständigkeitszahlen für 2018), junge Volljährige mit einbezogen. Dieser Rückgang verlief parallel zur allgemeinen Abnahme der Asylbewerberzahlen. Analog dazu reduzierte sich der Bedarf an stationären Plätzen in der Kinder- und Jugendhilfe, sodass die freien Träger und ihre Einrichtungen mit dem Rückbau beschäftigt waren, der nicht immer problemlos verlief. Hier sind insbesondere Entlassungen eingearbeiteten Personals und die langfristigen, kostspieligen Mietbindungen zu nennen, die Träger für Unterbringungsformen eingegangen sind.

Das Verteilverfahren selbst läuft inzwischen in guter Kooperation und hat zu vielen Verbesserungen beigetragen. Insgesamt wird z. B. eine Entlastung der hoch frequentierten Ballungsgebiete verzeichnet, und die Verfahren laufen geordnet ab.

Was bedeuten diese Bewegungen für die künftige Praxis?

Prüfet alles, das Gute bewahrt.

Der Satz beinhaltet, zunächst offen zu sein und das Entstandene zu würdigen und hinsichtlich der Fragestellung zu prüfen: Was ist notwendig zu optimieren? Von dieser Maxime ausgehend bezieht sich die Autorin auf bewährte, qualifizierte Ansatzpunkte der sozialpädagogischen Praxis inkl. der

Personal- und Organisationsentwicklung² und plädiert für deren konsequente Weiterentwicklung, kontinuierliche Umsetzung und Überprüfung.

Ausbau von qualifiziertem Clearing

Unsere Praxiserfahrungen zeigen, dass junge Flüchtlinge zum Teil traumatische Belastungsstörungen aufweisen. Die Kinder und Jugendlichen benötigen Erholung von der Flucht, Raum für die psychische Stabilisierung, Tagesstruktur und Begleitung im Alltag.

Das A und O ist ein fachlich qualifiziertes Clearing mit entsprechendem Fachpersonal und Grundausstattung als beste Voraussetzung für gelingende Hilfen. In Bayern bieten Instrumente wie die bayerischen Sozialpädagogischen Diagnosetabelle (ZBFS Bayerisches Landesjugendamt 2012) einen Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung einer einheitlich systematischen Diagnostik. Eine solche Systematisierung erhöht die Qualität der Zuweisungen durch die Jugendämter, verringert die sogenannten Jugendhilfekarrieren (vgl. Macsenaere/Esser 2015) und vermeidet auch mittelfristig unnötige Folgekosten durch Wechsel der Hilfeangebote, Abbruch etc.

Eine weitere Erfahrung der Praxis beweist, dass die inzwischen älter gewordenen jungen Flüchtlinge manchmal selbst Eltern geworden sind und z. B. in Erziehungsberatungsstellen auftauchen und folglich eine andere Art von Unterstützung benötigen. Die Belastungsfaktoren von ehemals jungen Flüchtlingen ohne die notwendige Abklärung und geeignete Hilfe können sich zu gravierenden Problematiken auswirken. Die Erziehungsfähigkeit etwa könnte beeinträchtigt und die Kinder der ehemals jungen Flüchtlinge besonderen psychosozialen Situationen ausgesetzt sein. Diesbezüglich liegen allerdings noch zu wenig Erfahrungen und empirisch gesicherte Forschungsergebnisse vor.

Diese Betrachtungsweisen verdeutlichen, dass die jungen Menschen fundierte Abklärungen brauchen, damit passgenaue Indikationen erfolgen, die im pädagogisch-therapeutischen Alltag greifen.

Individuelle Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII und Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII

Das vom Jugendamt verantwortete und durchgeführte Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII steuert die bedarfsgerechte individuelle Hilfsmaßnahme und Folgeunterbringung sowie die Betreuung der umF. Der Hilfeplan sieht als zentralen Grundsatz vor, dass sie als Expert_innen in eigener Sache beteiligt werden. Auch beim Übergang in die Volljährigkeit stellt der Hilfeplanprozess sicher, dass bei festgestelltem Bedarf die notwendige Hilfe nach § 41 SGB VIII oder ein sozialpädagogisch begleitetes Wohnen durch Übergang in ein Angebot der Jugendsozialarbeit nach § 13 Abs. 3 SGB VIII gewährt wird. In Bezug auf umF, aber auch auf einheimische Jugendliche zeigt sich, dass die zuvor geleistete Hilfe über mehrere Jahre völlig vergeblich sein kann, wenn mit dem Stichtag des 18. Geburtstages die Jugendhilfe ausbleibt. In der Praxis geschieht es leider immer wieder, dass die Volljährigkeit als Kriterium für das Abbrechen einer Hilfe greift. Die Ergebnisse einer Evaluation des Bundesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e. V. (BVkE) in Kooperation mit dem Institut für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ) zur stationären Jugendhilfe für diese Zielgruppe treffen hierzu wissenschaftlich abgesicherte Aussagen (vgl. BVkE 2017). Wesentlich ist: Dort, wo im Hilfeplanverfahren ein weiterer

² Das Thema Fachkräfte und Fachkräftemangel, die damit einhergehenden Herausforderungen oder Beeinflussungen sind ein eigenes Thema und werden in diesem Artikel nicht explizit behandelt.

individueller Hilfebedarf festgestellt wird, muss dieser auch gesetzlich sichergestellt werden, damit sich die Chance auf einen gelingenden Lebensweg und gesellschaftliche Teilhabe erhöht. Spracherwerb, Schulbildung, berufliche Bildung (vgl. Bauer/Kohn/Schreyer 2018) – durch Vernetzung und Kommunikation vor Ort (weiter-)entwickeln.

Mit Blick auf Integration sind Spracherwerb, schulische Bildung und Ausbildung absolut wichtige Faktoren und zugleich komplizierte Vorhaben. Das hängt u. a. damit zusammen, dass es in manchen Herkunftsländern kein System der Berufsausbildung wie in Deutschland gibt. Jugendliche müssen sich also zunächst mit diesem System hier vertraut machen. Zudem hängt die Förderfähigkeit einer Ausbildung oftmals von der individuellen Bleibeperspektive, z. B. von der sog. Ausbildungsduldung nach § 60 a Aufenthaltsgesetz, ab.³ Geflüchtete junge Menschen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen oder die sich in einem mehrjährigen Asylverfahren befinden, können in der Regel nicht gefördert werden. Eine wichtige Leistung der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Tätigkeitssegment ist die enge Vernetzung mit den Institutionen der Bildung inkl. des Spracherwerbes. Es muss immer wieder das Augenmerk auf dieses Feld gelenkt werden, denn gerade hier findet eine rechtskreisübergreifende Befassung statt. Das bedeutet für die beteiligten Akteure vor Ort, eine einheitliche Kommunikation und ein Verständnis in der Umsetzung zu gewährleisten, um Frühwarnsysteme zu entwickeln und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Sozialpädagogische Fachkräfte in diesem Arbeitsfeld benötigen kontinuierliche Informationen über rechtliche Veränderungen und Bedingungen für den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktzugang und der entsprechenden Förderfähigkeit. Regionale Planungsgespräche gemäß der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe nach § 79 a SGB VIII können für die Verankerung entsprechender Handlungsansätze einen wertvollen Beitrag leisten.

Migrationssensibler Kinderschutz

Kinderschutz ist ein Primat der Jugendhilfe und die Umsetzung des Kinderschutzauftrages bei Familien mit und ohne Migrationshintergrund immer eine schwierige Aufgabe. In der konkreten Fallarbeit stellen sich für die Fachkräfte bei Familien mit Migrationshintergrund kulturell bedingt andere Herausforderungen. Was bedeutet das für den Erstkontakt und für das sozialpädagogische Fallverstehen? Was bedeutet es für die Selbstbestimmung des Kindes/Jugendlichen? Was heißt es für die Kooperation mit der Familie, die Vernetzung mit anderen Partner_innen der Jugendhilfe? Diese Fragestellungen sind nicht einfach zu lösen und erfordern eine ständige Reflexion. Auf der Grundlage bereits bestehender Modelle wie z. B. die der Kollegialen Fallberatung können Leitfäden der Fallbesprechung um einen migrationssensiblen Ansatz ergänzt werden.

In diesem Kontext geht ein dringlicher Appell in Richtung „Kinderschutz in Aufnahme, Entscheidungs- und Rückkehrinrichtungen“, denn alle Kinder haben das Recht auf Schutz und Förderung. In diesen Einrichtungen verstärkt sich durch die Bildung von Subkulturen, Prostitution etc. das Risiko einer Kindeswohlgefährdung. Es ist also unabdingbar, in diesen Einrichtungen qualifiziertes pädagogisches Personal einzusetzen, um Gefahren frühzeitig wahrzunehmen. Mit Verweis auf ein Praxisforschungsprojekt der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (vgl. IGFH o. J.; IGFH 2008–2011) zu diesem Themenkomplex braucht es noch weitere empirische Ergebnisse anhand von Zielgruppen- und Einzelfallanalysen.

³ Vgl. dazu StMAS Bayern www.stmas.bayern.de/uma/index.php (zuletzt aufgerufen am 05.03.2019). Im Rahmen des For.UM, wurde das o. g. Papier mit grundsätzlichen Handlungsempfehlungen erarbeitet. Zentrale Aussage ist u. a., dass (ehemalige) umF, die sich in Bayern aufhalten, eine sinnstiftende Tagesstruktur, Bildungsmöglichkeiten und Unterstützung für ihre Perspektiventwicklung benötigen. Wenn diese Rahmenbedingungen ausbleiben, werden unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus Fehlentwicklungen bis hin zur Kriminalisierung als häufige Folge angenommen.

Interkulturelle Öffnung als kontinuierliche Aufgabe

Einrichtungen und Dienste öffentlicher und freier Träger wie auch Ausbildungsinstitute müssen die gewonnenen Erfahrungen im Bereich der interkulturellen Kompetenz und interkulturellen Kommunikation reflektieren, evaluieren und weiterentwickeln. Dieser Fortschritt sollte als laufender Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung gesehen werden, nicht nur als direktes Resultat einer einzelnen Lernerfahrung. Was kann das konkret bedeuten?

Für die Fallebene:

Es gibt unterschiedliche Barrieren für junge Flüchtlinge, wie z. B. die Sprache, fehlende Informationen über die Angebote und Ängste vor möglichen ausländerrechtlichen Konsequenzen. Auf Seiten der Fachkräfte wiederum können aufgrund der Sprachbarrieren Missverständnisse entstehen, die ein Überforderungsgefühl auslösen. Die Methode einer gelernten Gesprächsführung hilft einer Fachkraft im Umgang mit jungen Menschen aus anderen Kulturen womöglich nicht mehr. Es geht somit aus fachlicher Perspektive darum, kulturellen Kontext verstehen zu lernen und Vertrauen aufzubauen.

Für die Organisationsebene:

Die institutionelle Haltung ist ein nicht zu unterschätzendes Kriterium der Interaktion zwischen Fachkräften und ihrer Klientel, hier den umF. Gibt es Leitlinien in der Organisation im Umgang mit mehrsprachigen Kindern und Jugendlichen? Wie ist das Team einer Einrichtung zusammengesetzt? Werden Kulturmittler_innen mit einbezogen, die nicht nur Sprache übersetzen, sondern auch ein tiefgehendes Verstehen vermitteln?

Interkulturelle Öffnung meint somit die kontinuierliche interkulturelle Qualifizierung des Personals. Ein nächster Ansatz ist die Einstellung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen der Organisation. Interkulturelle Qualifizierung ist als permanente Querschnittsaufgabe zu sehen, um so Lernprozesse anzustoßen, die kulturelle Vielfalt als Chance ansehen.

Wie kann es weitergehen?

Es gab verschiedene Wellenbewegungen in diesem inzwischen mehrjährigen Prozess. Aktuell gehen wir wohl in die nächste Etappe der Weiterentwicklung über. Weitere Schritte stehen an: Ein intensiver Dialog zwischen den Kommunen und den freien und öffentlichen Trägern mit dem Ziel, an den bereits gewonnenen Ergebnissen anzuknüpfen, gemeinsam Kriterien für vertiefende Detailfragen abzustimmen, fachliche Empfehlungen sowie lokale Kooperationen nachhaltig zu fördern.

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet einen unerlässlichen Beitrag, um die Integration und Lebensperspektive von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sicherzustellen und ein sicheres gesellschaftliches Zusammenleben zu gewährleisten. Ein Appell an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in Land, Kommunen und auf Bundesebene lautet, realistische, tragfähige, finanzierbare und zukunftsweisende Modelle weiterzuentwickeln und konsequent umzusetzen. So können nachhaltige Integration, Verselbständigung und Teilhabe von jungen Flüchtlingen in unserer Gesellschaft gelingen.

Literatur:

- BAUER, A./KOHN, K.-H./SCHREYER, F. (2018): Ausbildung kann Bleibeperspektiven für Geflüchtete verbessern. www.iab-forum.de/ausbildung-kann-bleibeperspektiven-fuer-gefluechtete-verbessern/?pdf=6695 (05.03.2019).
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2018): Zahlen, Daten, Fakten zu unbegleiteten Minderjährigen (UM). 1.Quartal 2018. Berlin.
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2018): Asylgeschäftsstatistik. Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland. Berlin.
- BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE (2015): Inobhutnahmen von unbegleiteten Minderjährigen im Jahr 2014. <https://b-umf.de/material/inobhutnahmen-von-umf-2014/> (05.03.2019).
- BVKE (2017): Evaluation „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. www.ikjmainz.de/tl_files/Downloads/Projekte%20und%20Verfahren/UMF/UMF%20Evaluation%20Zusammenfassung%20DJHT.pdf (05.03.2019).
- CARITAS BAYERN (2013): Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahmeeinrichtungen für 16 – 17-jährige unbegleitete Minderjährige an vorerst vier geplanten zentralen Standorten Bayern. www.caritas-bayern.de/cms/contents/caritas-bayern.de/medien/dokumente/junge-fluechtlinge/konzeptionelle-eckpu/konzeptionelle_eckpunkte.pdf (05.03.2019).
- ESSER, K./MACSENAERE, M. (2015): Was wirkt in der Erziehungshilfe? Wirkfaktoren in Heimerziehung und anderen Hilfearten. München.
- INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE HILFEN E. V. (o. J.): Praxisentwicklungsprojekt Migrationssensibler Kinderschutz. www.igfh.de/cms/projekt/praxisentwicklungsprojekt-migrationssensibler-kinderschutz (05.03.2019).
- MEDIENDIENST INTEGRATION (o. J.): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. www.mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/minderjaehrige.html (05.03.2019).
- StMAS Bayern (o. J.): Unbegleitete minderjährige Ausländer: www.stmas.bayern.de/uma/index.php (05.03.2019).
- ZENTRUM BAYERN FAMILIE UND SOZIALES. Bayerisches Landesjugendamt (2012): Sozialpädagogische Diagnose-Tabelle & Hilfeplan. www.blja.bayern.de/service/broschueren/neue/27607/index.php (05.03.2019).

Zur Autorin:



Petra Rummel

Diplom-Soz.päd., Sozialbetriebswirtin, M.A. Angewandte Ethik und Sozialwesen, Geschäftsführerin des LVKE.

„Es ist wichtig, dass Thema am Leben zu erhalten“

Interview mit Petra Rummel, LVkE, und Michael Kroll, KJS
Das Interview fand im Juli 2019 statt.



Michael Kroll (li.), Petra Rummel (re.)

Die jungen Geflüchteten waren für die Gründer*innen des KOK – des Koordinierungskreises Junge Geflüchtete – nicht erst ab 2015 Thema. Bereits 2013 und 2014 stellten sie höhere Unterstützungs- und Beratungsbedarfe in den Einrichtungen und Diensten ihrer Organisationen fest. Um eine bessere Vernetzung zu schaffen, entwickelte sich daraus der KOK mit den Mitgliedern Gabriele Leibold, Fachberaterin für Jugendmigrationsdienste und die Arbeit mit jungen Migrantinnen bei IN VIA Bayern, Petra Rummel, Geschäftsführerin des Landesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in Bayern e. V. (LVkE), Michael Kroll, Geschäftsführer der Katholischen Jugendsozialarbeit (KJS) Bayern und Stefan Wagner, Referent für Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband Landesverband Bayern e. V. (LCV Bayern).

Im gemeinsamen Interview sprachen Petra Rummel und Michael Kroll über die Anfänge des KOK, die Entwicklung der Landes-Fachkonferenz Junge Geflüchtete und darüber, wie sie die Zeit selbst erlebt haben.

Versetzen Sie sich bitte in die Jahre 2014/2015 zurück. Wie kam die Idee zum KOK und zur Landes-Fachkonferenz zustande?

Petra Rummel: Ich kann mich insofern gut erinnern, weil ich im September 2013 meine Stelle als Geschäftsführerin angetreten habe und sofort mit der Thematik konfrontiert wurde, dass wir wesentlich mehr Zuwanderung von jungen Ausländer*innen haben als bisher. Die Jugendhilfe war bestrebt, diesen Bereich auch gesetzlich in ihre Verantwortung zu übernehmen; Anfang 2014 wurde dies gesetzlich entsprechend verankert. Gleichzeitig habe ich meinen Kollegen Michael Kroll kennen gelernt, der mich sofort auf einen Fachtag „Fremde Welten – neue Heimat: Perspektiven für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ aufmerksam gemacht hat, den er und der Kollege Stefan Wagner organisiert hatten.

Michael Kroll: Wir haben schnell gemerkt, dass die Einrichtungen mit diesen großen Zahlen an Geflüchteten Unterstützung gebraucht haben. Viele Fragen, die wir 2015 und 2016 ganz intensiv diskutiert haben, wurden im KOK und in der Landes-Fachkonferenz Junge Geflüchtete bereits frühzeitig aufgegriffen. Wir haben uns den rechtlichen Themen und denen des kultursensiblen Arbeitens angenommen. Daraus hat sich dann eine Dynamik entwickelt, dass wir eine Arbeitsstruktur brauchen. Strukturen dienen nicht sich selbst, sondern den Menschen. Daher wussten wir, dass wir hier im Landes-Caritasverband ganz stark fachbereichsübergreifend arbeiten müssen. Wir sind auf Landesebene nicht in der Lage, immer ganz unmittelbar etwas für alle Einrichtungen zu machen, aber für unsere Multiplikator*innen aus den diözesanen Caritasverbänden und in den Fachverbänden. Daraus hat sich dann im Dezember 2015 die erste Landes-Fachkonferenz Junge Geflüchtete entwickelt.

Würden Sie sagen, dass Sie durch den ersten Fachtag und den Workshop so etwas wie eine Vorreiterrolle eingenommen haben?

Rummel: Unsere internen Arbeitsstrukturen halte ich für sehr gut, sie ermöglichen uns auch systematische Abfragen. So haben wir in der Weiterführung dann auch Zahlen erheben können. Das war zunächst sicherlich ein Alleinstellungsmerkmal. Einige Zeit später hat sich dem der Evangelische Erziehungsverband in Bayern angeschlossen.

Kroll: Da zeigt sich grundsätzlich der Vorteil, dass wir als christliche Verbände eine eigenständige Arbeitsstruktur in den Erziehungshilfen und der Jugendsozialarbeit auf Landesebene haben. Der LVKE und die KJS Bayern konnten ihre gewachsenen Strukturen gut nutzen. Das ist für Verbände, die nicht solche eigenständigen Jugendhilfe-Strukturen haben, viel schwieriger.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit in dieser Zeit empfunden?

Rummel: Ich denke, es war schon eine äußerst intensive Zusammenarbeit. Die Thematik hat uns sehr gefordert; wir waren, wie alle in unserer Gesellschaft, unter verschiedenen Aspekten gefragt. Wir haben auf Landesebene versucht, unsere Träger und Einrichtungen bestmöglich zu unterstützen und ihnen auch Hilfestellung zu gewähren, was nicht ganz einfach war. Wir haben uns auch sensiblen Themen wie den Bereichen Übergriffe und Sexualität angenommen. Das ist ein wichtiges Thema, das nicht nur Menschen anderer Herkunft betrifft. Übergriffe geschehen leider, sind aber nicht die Norm.

Kroll: Bei einer der ersten Landes-Fachkonferenzen hatten wir zum Beispiel einen Polizisten zu Gast, zusammen mit einem fachlichen Kollegen aus einem Berufsbildungswerk, weil man auch mit Behörden wie der Polizei gut zusammenarbeiten muss. Wir sollten vor ihnen weder Angst noch Ressentiments haben, sondern konstruktive Zusammenarbeit ermöglichen.

Sind in dieser Zeit noch weitere Projekte entstanden?

Kroll: Oft war die Frage bei den umF: Wie intensiv müssen sie betreut werden? Sind das alles Fälle für die Erziehungshilfe? Welchen Bedarf die Jugendlichen haben, war ohne ein aufwändiges Hilfeplanverfahren teilweise schwierig festzustellen. Daher haben wir Bundesmittel beantragt und konnten über eineinhalb Jahre gemeinsam mit unserem Fachverband IN VIA Bayern ein Projekt durchführen. Dabei ging es darum, wie eine Fachkraft im Gespräch mit den Jugendlichen durch einen Fragebogen herausbekommen kann, wie groß der Betreuungsbedarf tatsächlich ist, ohne, dass man das mit einer allzu intensiven psychologischen Diagnostik verbindet. Unter anderem kann die Fachkraft so einzuschätzen versuchen, wie hoch oder gering die Gewaltbereitschaft ist, wie stark die jungen Menschen traumatisiert sind, ob sie vorgebildet sind oder Analphabeten. Diese Einschätzungsbögen haben wir den Einrichtungen zur Unterstützung gegeben. Das war fachlich durchaus umstritten und wurde von manchen Kolleginnen als Low-Level-Instrument kritisiert. Aber da haben wir eben sehr pragmatisch auf die Not reagiert.

Was haben Sie aus den letzten fünf Jahren mitgenommen?

Rummel: Ich habe selber sehr viel gelernt. Was ich wirklich gut fand, war unsere Kooperation im KOK, dieser Zusammenschluss und diese Arbeitsstrukturen. Wir konnten auf sie zurückgreifen und sie weiterentwickeln. Das Engagement der Träger, der Einrichtungen und der Menschen vor Ort hat mich unglaublich beeindruckt. Gleichzeitig stand und steht immer noch der Wermutstropfen der Finanzierung der Mietobjekte im Raum. An dieser Stelle hätten wir uns – nachdem die Zuwanderung geringer wurde – konkretere Unterstützung vom Freistaat gewünscht. Sollte es eine ähnliche Situation wiedergeben, dann müssten die Rahmenbedingungen der Finanzierung wesentlich klarer festgelegt werden. Es wäre schön, wenn man mit Blick auf eine ähnliche Situation Strukturen vorhalten könnte. Die Frage dabei ist, ob man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann, um nicht wieder bei null anzufangen.

Kroll: Es waren ja nicht nur wir Träger unter Druck, sondern auch die Politik, beispielsweise das Bayerische Sozialministerium, das Rahmenbedingungen gestalten musste. Es war wichtig, dass wir dort als gut koordinierte Partner aufgetreten sind. Die Verantwortlichen dort wollten manches anders gestalten als

wir, aber ich habe gelernt: Je besser und durchdachter die Konzepte, die wir mitbringen, sind, desto überzeugender sind diese. Nun haben wir in diesen Jahren die Unterstützungsstrukturen für umF aufgebaut, aber es kommen keine bzw. wenige nach. Dabei hätten wir größere Ressourcen und könnten noch mehr Jugendliche verkraften, wenn die politische Bereitschaft dazu da wäre, diese ins Land zu lassen. Das finde ich schade.

Würden Sie heute etwas anderes machen?

Kroll: Was ich mir anders wünschen würde ist, dass wir bei aller Sorge um die Unbegleiteten auch diejenigen Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Familien gekommen sind und in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften leben, stärker in den Blick nehmen. Auch sie brauchen die Begleitung durch die Jugendhilfe. Das haben wir in Wirklichkeit nie geschafft, jedenfalls nicht so intensiv und mit so guten Konzepten, wie das nötig gewesen wäre. Das hängt uns heute noch nach und daran arbeiten wir.

Rummel: Wir haben uns tatsächlich sehr auf die Zielgruppe der umF begrenzt. Wir reden derzeit ständig über Inklusion – und haben dann selber diese Separierung vorgenommen. Das würde ich heute auch anders machen, also von Beginn an so gut es geht inklusiv zu arbeiten versuchen.

Was sind die nächsten Schritte?

Rummel: Wir haben auf Ebene des Sozialministeriums das sogenannte For.UM, wo es darum geht, wo wir jetzt in Bayern mit der Situation der umF und den Jugendlichen in den Ankerzentren stehen. Eigentlich bräuchte es ein Gesamtkonzept und eine Gesamtplanung in diesem Bereich. Das wäre eine Stoßrichtung, die ich gerne in diese Diskussion einbringen möchte. Mir wäre wichtig, immer wieder prozesshaft zu schauen, wie sich das Thema weiterentwickelt und was daraus resultierende Aufträge sind. Das Thema muss weiterhin beobachtet und am Leben erhalten werden.

Kroll: In der jetzigen Situation liegt eine Chance darin, dass diejenigen jungen Geflüchteten, die hier leben, keine Sonderstellung haben, sondern eine ganz normale Zielgruppe sind – so, wie es auch bei den anderen Jugendlichen unterschiedliche Problemlagen gibt.

„Ich habe sehr viel Bewunderung für diese jungen Menschen“

Interview mit Gabriele Leibold, IN VIA Jugendmigrationsdienste (JMD) Bayern
Das Interview wurde im August 2019 geführt.



Gabriele Leibold

Gabriele Leibold ist seit 2001 Referentin bei IN VIA Bayern für die Jugendmigrationsdienste (JMD), aber auch die Region Mitte, zu der Hessen, Rheinlandpfalz und das Saarland zählen zu ihrem Aufgabengebiet. Die JMDs gibt es bereits seit über 50 Jahren, damals hießen sie noch Jugendgemeinschaftswerke, und kümmern sich um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund vom 12 bis 27 Jahren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Als Teil des Koordinierungskreises Junge Geflüchtete (KOK) hat sie mit uns über diese Zeit gesprochen.

Im gemeinsamen Interview sprachen Petra Rummel und Michael Kroll über die Anfänge des KOK, die Entwicklung der Landes-Fachkonferenz Junge Geflüchtete und darüber, wie sie die Zeit selbst erlebt haben.

„Wir kümmern uns um junge Migrant*innen an der Schnittstelle zum **Übergang von Schule und Beruf**. Schon vor den vielen umF haben Kolleg*innen berichtet, dass junge Geflüchtete vor der Tür standen und nach Rat gesucht haben – auch wenn die JMDs zu dem Zeitpunkt offiziell umF nicht beraten durften. 2016 bis 2017 gab es in der ganzen Bundesrepublik ein BMFSJ¹ Modellprojekt mit dem Titel „JMD to Start“, bei dem es speziell darum ging junge Geflüchtete zu beraten, weil diese Gruppe sich doch etwas von den Bedarfen zu den Migrant*innen unterscheidet. Zum Glück wurden die Stellen danach nicht abgezogen, sondern in das Regelprogramm aufgenommen. Die JMDs haben z.B. auch geholfen, umF in die sogenannten BIK Klassen (Berufsintegrationsklassen) zu vermitteln.

Diese Zeit war sehr intensiv und die Zusammenarbeit im **KOK habe ich als sehr bereichernd empfunden**. Es ging immer um die jungen Geflüchteten: Was kann getan werden? Wie ist die Entwicklung? Was müssen wir beachten? Bei IN VIA gab es das Projekt „Schnittstellen zwischen Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung am Beispiel der Unterbringung und Begleitung junger Flüchtlinge“² das auch **sehr erfolgreich** war und gut genutzt wurde – auch heute noch genutzt wird. In dieser Zeit ist viel entstanden. Die Landesfachkonferenz war sehr hilfreich, genau wie die **Zusammenarbeit mit Experten** auch aus anderen Bereichen, wie Juristen und Vormünder des katholischen Jugendsozialwerkes, die punktuell dazu eingeladen wurden.

Besonders in Erinnerung geblieben ist mir das Projekt „Junge Flüchtlinge in den Beruf“, ein Freiwilligenprojekt, durchgeführt von unserem Diözesanverband IN VIA München, für junge Migrant*innen und Flüchtlinge, die Neuangekommenen helfen. Hier durfte ich einmal eine Diskussion moderieren, die junge Flüchtlinge selber vorbereitet haben, die noch nicht lange da waren und mit der Politik sprechen wollten. Da waren dann Vertreter*innen von CSU, FDP und Grünen zum Thema „Was wir uns wünschen und was wir brauchen“. Alles hat auf Deutsch stattgefunden und die jungen Menschen haben ihre **eigenen Interessen vertreten**. Etwas traurig war die Geschichte eines jungen Flüchtlings bei der Arbeitsagentur, die ihn in Richtung Berufe beraten hat. Er wollte **unbedingt einen höheren Schulabschluss**. Das hat er von Herzen erzählt und einer aus der Politik meinte dann: „Warum nicht erst eine

¹ Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

² https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2017/12/Projekt_Schnittstellen_JSA_HzE_Handreichung_2016-07.pdf

Ausbildung und dann einen höheren Schulabschluss?“ Da konnte der junge Mann nicht mehr sprechen und hat angefangen zu weinen. Eine Pädagogin meinte danach, dass er einfach traumatisiert ist. Für ihn war es aber ungeheuer wichtig, dass er sich **dort frei äußern konnte**. Es hat mich sehr bewegt, wie junge Flüchtlinge für sich selber nach so kurzer Zeit eintreten und kämpfen, aber auch an Ämtern und den eigenen Ressourcen scheitern, weil sie sich zusätzlich noch mit ihrem eigenen Trauma auseinandersetzen müssen. Da habe ich **sehr viel Bewunderung** für diese jungen Menschen entwickelt.

Obwohl wir viel Lobbyarbeit für unsere Konzepte machen und in der Folge auch Förderungen bekommen, wie für Projekte zum Beispiel sogenannte Respektcoaches, die an Schulen arbeiten zur **Deradikalisierung und Extremismusprävention** unterstützen sollen, gelingt es uns trotzdem kaum, in das JMD Programm noch mehr Finanzvolumen zu stecken. Die Casemanagementzahlen sinken, aber die bestehenden **Problemlagen sind viel komplexer** und daher wird die Arbeit nicht weniger.“

„Wir sollten uns überlegen, wie wir eine positive Stimmung gestalten können“

Interview mit Stefan Wagner, Referent für Migration und Integration beim Landes-Caritasverband Bayern
Das Interview wurde im August 2019 geführt.



Stefan Wagner

Als Referent für Migration und Integration beim Landes-Caritasverband war Stefan Wagner auch Teil des Koordinierungskreises (KOK) in Sachen junge Geflüchtete. Schon vor 2015 war das Thema für ihn stets sehr präsent. Mit dem LVkE hat er über diese Zeit und seine Arbeit gesprochen.

„Früher gab es noch die Möglichkeit, ab 16 Jahren einen Asylantrag ohne gesetzlichen Vormund zu stellen. In Angeboten der Jugendhilfe Aufnahme zu finden, war für umF zu dem Zeitpunkt noch relativ schwer. Ein Grund dafür war auch, dass Deutschland die **Kinderrechtskonventionen lange nicht ratifiziert** hatte, sich also auch nicht durchgerungen hatte zu sagen: JA wir sind für alle Minderjährigen, auch für die über 16-jährigen zuständig, egal woher sie kommen und welchen Status sie haben und nehmen sie Inobhut. Aufgrund dieser Situation haben wir mit dem Sozialministerium einen Vierstufenplan entwickelt, damit diese jungen Menschen, die nicht in die Jugendhilfe konnten, auch nicht in regulären Gemeinschaftsunterkünften (GUs) untergebracht werden mussten, sondern in **bedarfsge-rechteren Unterkünften**, zwar teilweise in GUs, aber getrennt von den Erwachsenen. Erst mit der Ratifizierung der Kinderrechte und der damit verbundenen Gesetzesänderung im Asylrecht, bei der die Asylmündigkeit auf 18 Jahre erhöht wurde, wurde auch die Kinder- und Jugendhilfe in die Pflicht genommen. Das sollte keine Ablösung der Zuständigkeit bedeuten, sondern eine Verschiebung, bei der trotzdem auf die Erfahrungen des Migrationsreferats zurückgegriffen werden konnte.

Gerade im Asyl- und Ausländerrecht gibt es **jedes Jahr viele Änderungen und Anpassungen**. 2013 und 2014 haben wir gehofft, dass jetzt endlich die Chance ergriffen wird, Themen wie Arbeitsmarktzugang und schulische Bildung zu verbessern – vor allem durch die damals noch **positive Stimmung in Bevölkerung und Politik**. Die Entwicklungen waren zunächst auch vielversprechend, doch als sich durch die hohen Zugangszahlen aus Syrien die Atmosphäre ins Negative verändert hat, mussten wir uns überlegen, wie wir dieser Wellenbewegung begegnen und was wir ihr entgegensetzen können. Doch manche Gesetzesvorgaben wurden so schnell verabschiedet, dass wir kaum die Chance hatten, zu reagieren.

Es gab aber trotzdem ein kurzes Zeitfenster, da war für die Jugendlichen viel möglich, inhaltlich hat man die Notwendigkeit gesehen, **Chancengerechtigkeit** herzustellen. Auch an die **große Hilfsbereitschaft und die Einsatzfreude** unserer Verbände und Organisationen, der Mitarbeitenden, aber auch der Ehrenamtlichen, erinnere ich mich gerne. Egal aus welcher Motivation, man hat die **Not gesehen und geholfen**; nicht nur persönlich, sondern auch institutionell etwas zu riskieren, Plätze zu schaffen, Personal anzustellen und alles zu versuchen, was möglich ist und den Jugendlichen Unterstützung bietet. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche, den Austausch von Erfahrungen und Expertisen habe ich auch als sehr positiv erlebt. Die **Landesfachkonferenz Junge Geflüchtete**, die wir kurz entschlossen ins Leben gerufen haben, war ein großer Erfolg, da innerhalb kürzester Zeit die Kolleg*innen der verschiedenen Fachbereiche an einem Tisch zusammenkamen.

Was in dieser Zeit aber definitiv zu kurz kam, waren die Bedarfe der **begleiteten jungen Geflüchteten** – für diese war durch die große Zahl und die vielfältigen Herausforderungen der umF einfach **keine Kapazität** mehr vorhanden. Doch nur weil diese jungen Menschen im Familienverbund angekommen sind, heißt das nicht, dass sie nicht auch Aufmerksamkeit und Unterstützung brauchen. ANKERzentren sind schlicht und ergreifend **kein Ort für Kinder und Jugendliche**. Wichtig ist nun, darauf zu achten, dass es für sie keine Unterstützung Light gibt, sondern dass wir ihnen auch die Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, die sie benötigen und die wir anbieten können – egal wie lange sie schon hier sind oder wie lange sie ihrer bedürfen. Nicht nur deshalb müssen wir uns auch schnell überlegen, was wir den Negativkampagnen mancher Parteien – als Einzelpersonen, wie auch als Gesellschaft – entgegensetzen. Der Großteil der Geflüchteten ist nicht hier, um uns auszunutzen, das sind Einzelfälle, und wir sollten diese **Hetze nicht schweigend hinnehmen**, sondern überlegen, wie wir eine **positive Stimmung mitgestalten** können.“

„Nichts war so beständig wie die Unbeständigkeit“

Ausschuss umF in der Diözese Würzburg



Stehend: Gloria Röper, Ute Roth, Peter Rödelmaier, Thomas Maier, Daniel Präg

Sitzend: Daniela Schwarz, Oliver Bandorf, Sabrina Göpfert

Es ist noch etwas kühl an diesem Maimorgen 2019, als der Ausschuss umF in der Diözese Würzburg das letzte Mal – fürs erste jedenfalls – zusammenkommt. Zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2016 hat man sich alle drei Monate getroffen, sich ausgetauscht und beraten. Die Frequenz der Treffen ist, genau wie die Anzahl der ankommenden Geflüchteten, merklich zurückgegangen. Was bleibt ist etwas Stolz auf die getane Arbeit, aber auch ein schaler Beigeschmack über den jetzigen Umgang mit jungen Geflüchteten – besonders mit den jungen Volljährigen. Bei dieser letzten Sitzung resümieren die Einrichtungsleitungen und Fachkräfte diese fünf Jahre, eine Art Abschluss für etwas, das eigentlich noch nicht abgeschlossen ist.

Wenige der Anwesenden hatten Erfahrungen mit der Arbeit mit minderjährigen, jungen Flüchtlingen (umF). „Für mich persönlich war es mit der ersten Gruppe 2014 ein kleiner Neustart“, erzählte Oliver Bandorf vom Jugendhilfezentrum Maria Schutz bei Schweinfurt. „Wir haben versucht, die klassischen Gruppen und Formen der Jugendhilfe zu übernehmen, haben aber schnell gemerkt, dass die Arbeit mit den umF eine andere ist als in den normalen Gruppen.“ Die Fachkräfte mussten sich mit neuen Kulturen und Lebensgewohnheiten auseinandersetzen, mit anderen Sprachen, Übersetzern, Ärzten, und 24-Stundendiensten an sieben Tage der Woche, da es zu Beginn auch keine Beschulung gab.

„Der Druck auf die Träger, Kapazitäten zu schaffen, war groß.“

Thomas Maier, Leitung Jugendhilfe, Berufsbildungswerk (BBW) Don Bosco Würzburg, konnte vor dem großen Ansturm 2015 bereits einiges an Erfahrungen sammeln. Seit 2012 kamen junge Geflüchtete aus dem Großraum München, um im BBW eine Ausbildung anzufangen. „Bis 2015 ging eigentlich alles noch recht geordnet zu, danach wurden alle ziemlich überrollt. Es mussten sehr schnell Wohnstrukturen geschaffen werden, viele bestehende Vorgaben der Jugendämter wurden dann einfach geöffnet, genauso wie der Fachkräfteschlüssel und Zahlenvorgaben – Hauptsache man hatte eine Gruppe und genügend Personal. Es mussten nicht einmal Fachkräfte sein und **ständig kamen neue Weisungen**, was man jetzt darf“, erzählt er kopfschüttelnd aus dieser Zeit. Der Druck auf die Träger, Kapazitäten zu schaffen, war groß und viele, die vorher keine Jugendhilfe gemacht haben, stiegen nun ein. Das hinterließ bei dem ein oder anderen auch ein ungutes Gefühl: Wird es denn so bleiben? Was passiert mit den vielen Plätzen, sollten die umF-Zahlen zurückgehen?

Die ungewohnte Situation sorgte aber auch für einen großen Zusammenhalt, erinnerte sich Daniel Präg, Erziehungsleitung Jugendhilfe umF & Betreutes Wohnen, Berufsbildungswerk (BBW) Don Bosco Würzburg: „Man hat gemerkt, wie die ganze Einrichtung zusammengerückt ist, egal mit welcher Ausbildung oder welchem Bereich, **jeder wollte helfen**. 30 Tage lang haben Ausbilder, Fachkräfte, aber auch Verwaltungsangestellte geholfen, diese stressige Phase des Clearings und des Weitervermittels zu überbrücken. Das war ein einschneidendes Erlebnis, auch einrichtungsintern.“

Viele Regeln der klassischen Jugendhilfe galten in diesem Zeitraum nicht mehr – neue Strukturen wurden aus dem Nichts erschaffen und teilweise wenig später wieder verworfen, Unmengen an Ehrenamtlichen, die sich zu Beginn registrieren ließen, wollten helfen und hörten dann doch irgendwann **teilweise frustriert** wieder auf. Von der absoluten Willkommenskultur, war bald nichts mehr viel zu spüren. „Es gab in dieser Zeit **wahnsinnig viele Veränderungen** – nichts war so beständig wie die Unbeständigkeit,“ sagte Bandorf dazu treffenderweise.

Ein großes Problem für die Jugendhilfe war auch die Diagnostik. Durch die unterschiedliche Sozialisation, Kultur, Sprachdefizite, war diese sehr erschwert bis teilweise nicht möglich – als Konsequenz war es auch nicht einfach, die entsprechende Hilfeleistung anzubieten.

„Nach zwei Jahren kippte die Stimmung“

Zu Beginn wurden alle Träger angesprochen, ihre Angebote und Strukturen auszubauen, mit der Zukunftsaussicht, dass diese lange genutzt werden würden – dementsprechend wurde zu Beginn auch viel finanziert. Bis nach zwei Jahren die Stimmung kippte, Jugendhilfe war plötzlich zu teuer und kostengünstigere Alternativen wurden gesucht. Ein großer Vorwurf der Politik an die Träger: Sie hätten sich in der Anfangszeit bereichert, sozusagen „Plus“ mit den jungen Geflüchteten gemacht. „Es gab bestimmt auch Träger, die sich damit ein Stück sanieren konnten, aber wir haben zum Beispiel ein großes Gebäude für 15 Jahre angemietet – wenn wir jetzt den Reha-Bereich nicht hätten, bei dem wir die Plätze auch für psychisch Kranke nutzen können, dann hätten wir ein Problem: 12.000 Euro Miete pro Monat extra und einen Mietvertrag aus dem wir nicht so einfach früher rauskommen“, erklärte Maier. „Dabei wollten wir das ursprünglich auch nicht in diesem Umfang. Zwei Gruppen, mehr sollte es eigentlich nicht sein. Doch der Druck aufzunehmen – von der politischen Seite, aber natürlich auch wenn man in der kirchlichen Arbeit ist, war sehr hoch.“ Ähnlich erging es den anderen Einrichtungsleitungen am Tisch. Positiv für Unterfranken war, dass sie bereits früh mit dem Rückbau begonnen haben, als klar wurde, dass es neue Verteilungsschlüssel gab und wenige junge Geflüchtete nachkamen.

Nicht nur der Platz für die Unterbringung war rar und musste geschaffen werden, auch **Fachkräfte waren Mangelware**. Das führte unter anderem dazu, dass es plötzlich möglich war, auch Quereinsteiger in der Jugendhilfe einzustellen – von der Krankenschwester, über den Handwerksmeister bis hin zu Geisteswissenschaftlern. Die Erfahrungen damit waren unterschiedlich – ein anderer Zugang, vielleicht anpackender, aber teilweise eben auch schwierig, weil das Basiswissen der Pädagogik fehlte. „Wir haben im sozialen Bereich eine sehr schlechte Lobby und bekommen für die Leistung, die wir erbringen ein relativ niedriges Gehalt – da ist es schwierig Quereinsteiger einzustellen und mit ausgebildeten Pädagogen gleichzustellen“, sagte Bandorf. **„Wenn in der Industrie Ingenieure fehlen, dann wird das auch nicht mit Maurern ausgeglichen.“**

Ehrenamtliche, Fachkräfte und Quereinsteiger – sie alle mussten sich auf dieses neue Arbeitsfeld einstellen, teilweise musste auch nachqualifiziert werden. „Wir haben erlebt, dass es auch mit Nicht-Fachkräften gut lief. Bei allen, egal ob Fachkraft oder nicht, gab es aber oft auch hohe Erwartungen, die nicht immer zu dem passten, was dann tatsächlich kam“, meinte Ute Roth, Bereichsleitung für das Berufliche Förderzentrum, Stiftung Haus Mirjam. Was alle irgendwie erwarteten war Dankbarkeit – doch diese brachte nicht jeder der jungen Geflüchteten auf. „Viele Mitarbeitenden hatten diese Illusion, dass sie jetzt helfen und dann alles gut wird. **Und dann kam die Realität.**“ Bei Don Bosco wurde vor allem auch im Bereich Traumapädagogik qualifiziert. Wichtig war für Maier aber auch, die Mitarbeitenden zu schützen. Denn in der klassischen Jugendhilfe sind diese nicht so nah an den jungen Menschen, wie an den jungen Geflüchteten: „Die ganze Fluchterfahrung, übers Meer und was diese jungen Menschen da erlebt und den Pädagogen erzählt haben – das wurde sehr schnell persönlich und musste mit viel Supervision begleitet werden.“

So schnell die Kinder und Jugendlichen Geflüchteten kamen, so schnell waren sie auch wieder weg. Übrig bleibt viel Frustration – Frustration über die Umsetzung von Regelungen, die **von Amt zu Amt unterschiedlich** sind, manchmal sogar von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter. Jugendliche, die kurz vor dem „Erwachsenwerden“ sind – also 18 Jahre alt sind oder werden – und bei denen die **Perspektive nicht klar** ist. Dürfen sie in der Einrichtung bleiben? Dürfen sie in Deutschland bleiben? Müssen sie in eine Gemeinschaftsunterkunft? Wenn sie aus der Einrichtung raus müssen, was passiert dann mit der begonnenen Ausbildung? Wie kann diese weitergeführt werden, wenn man das Zimmer mit drei anderen teilt und, während die anderen spät ins Bett gehen und lange schlafen, man selber früh raus muss und abends lernen? Die Mitarbeitenden versuchten natürlich die jungen Geflüchteten weiterhin zu motivieren, aber wofür sich anstrengen, wenn es keine Perspektive gibt?

„Wofür sich anstrengen, wenn es keine Perspektive gibt?“

„Mir fehlt da die Nachsorge, man hat das Gefühl, man hat eine Krise bewältigt, aber diese Schulterklopper kann ich für mich gar nicht so annehmen. Wir haben eine Masse an Menschen abgearbeitet und die, die die nötigen Ressourcen und Resilienzen mitgebracht haben, konnten ihren Weg aus der Krise gehen, aber viele sind dabei auf der Strecke geblieben,“ resümierte Präg. Für das System der Erziehungshilfe haben sich positive, sowie negative Aspekte aufgetan. Maier bemängelte, dass eigentlich die Fachkräfte in den Einrichtungen als Experten vor Ort festlegen sollten, was der Bedarf der Jugendlichen ist, nicht das Jugendamt. Doch dieses Prinzip sei ins Schwanken gekommen. „Wer ist denn jetzt der, der sagt, was der Jugendliche braucht? Hier ist das Gewicht zum Kostenträger verschoben worden. Eigentlich aus unverständlichen Gründen.“

Einig sind sich alle, dass durch die jungen minderjährigen Flüchtlinge das **Thema Verselbstständigung** viel mehr in das Bewusstsein der Jugendhilfe gerückt ist: „Durch die umF gibt es nun mehr **Durchlässigkeit** und die Thematik Verselbstständigung ist viel mehr eingezogen. Kinder und Jugendliche, die in der klassischen heilpädagogischen Gruppe älter geworden sind, haben nun die Möglichkeit in eine andere Betreuungsform zu wechseln. Das hat sich im Zuge der ganzen Flüchtlingsbetreuung bei uns positiv entwickelt. Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften im Haus, niedrigschwellige Angebote, das ist **ein großer Erfolg** und das schreibe ich dieser Zeit zu. Hier konnte klassische Jugendhilfe lernen,“ sagte Bandorf.

Neben den Lerneffekten, gab es auch viele schöne und persönliche Momente, vor allem eben mit den Kindern und Jugendlichen, die in Erinnerung bleiben, so Roth: „Die Arbeit mit den jungen Frauen und Männern hat auch durchaus **viele Ressourcen dieser Jugendlichen** gezeigt. Trotz all ihrer Erlebnissen, haben wir viel **von ihnen gelernt und erfahren**, zum Beispiel wie sie religiös angebunden sind, wie sie tanzen, das Lebensgefühl, das sie mit uns geteilt haben und wie sie sich in dieser Zeit **entwickelt haben**.“ Diese Momente bleiben in Erinnerung, nicht nur bei den Mitarbeiter*innen, sondern auch bei den jungen Geflüchteten.

„Für ein Verharren ist hier keine Zeit“

Und so gehen die Mitglieder des Ausschusses umF in Würzburg an diesem Tag mit gemischten Gefühlen aus der Sitzung. Das Resümee hat viele Themen, die noch nicht abgeschlossen und wahrscheinlich nicht mehr abzuschließen sind, wieder hochgebracht. Doch nun müssen sie sich alle wieder neuen Herausforderungen widmen, für ein Verharren ist hier keine Zeit. Wenn es doch wieder zu einem Wiederaufflackern der Krise kommen sollte, wird man sich wieder damit befassen – flexibel reagieren ist hier das Stichwort und darin hat sich die Kinder- und Jugendhilfe mehr als einmal bewährt.

„Es braucht Geduld“

*Interview mit Dagmar Köhler-Dotter, päd. Fachkraft
Das Interview fand im Mai 2019 statt.*

Dagmar Köhler-Dotter, war Erzieherin und Gruppenleitung der heilpädagogischen Wohngruppe für umF bei Don Bosco in Würzburg, die Ende Juli 2019 geschlossen wurde. Sie war von 2014 an bei der Betreuung junger Geflüchteter dabei. Zuvor hat sie 13 Jahre in einem Mädcheninternat gearbeitet – und mit der Entscheidung, mit jungen Geflüchteten zu arbeiten, ihren Arbeitsbereich um 180 Grad gedreht. Nicht mehr gut situierte Mädchen, sondern Jungen, die teilweise traumatische Erlebnisse hinter sich hatten, waren nunmehr ihr Klientel. Mit dem LVkE hat sie über Herausforderungen, Erkenntnisse und angeblichem Rauschgift auf dem Fensterbrett gesprochen.

Wie hat bei Ihnen damals alles angefangen?

Köhler-Dotter: Ich habe mit dem Clearing angefangen – als Wohngruppe war die Einrichtung, in der ich aktuell bin, gar nicht geplant. Clearing bedeutet, dass man innerhalb kürzester Zeit eine Beziehung mit den Jugendlichen aufbaut. Nach zwölf Wochen gibt man die Jungs an die richtigen Stellen ab und man beginnt von vorne. In kürzester Zeit laufen im Rahmen dieser Maßnahme vor allem auch viele Termine, von gesundheitlichen Kontrollen bis hin zu Behördengängen. Das ging etwa eineinhalb Jahre so und dann wurde langsam sichtbar, dass weniger Jungs kommen und dann hat der Träger beschlossen, die Clearingstelle in eine Wohngruppe umzufunktionieren.

Nun kamen Sie aus einem ganz anderen Bereich – einem Mädcheninternat. Gab es für Sie eine Vorabqualifizierung für den Bereich junge Geflüchtete?

Köhler-Dotter: Die damaligen Leitungen und der Fachdienst hatten durch eine Wohngruppe mit acht Jungen, die es bereits seit 2012 gab, ihre ersten Erfahrungen gemacht und konnten das gut an uns, sechs neue Mitarbeitende, vermitteln. Wir waren ein sehr gemischtes Team – von frischen Studienabgängern bis zu Kollegen mit 30 Jahren Berufserfahrung. Das war sehr gut. Die Jüngeren waren lockerer, konnten sich aber an den Älteren festhalten, wenn es brenzlige Situationen gab und gelacht haben wir alle viel zusammen. Das tat allen gut. Wir hatten außerdem immer eine gute Begleitung. Das war, für alle die im Zeitraum 2012 bis heute hier gearbeitet haben, mit das Wichtigste. Das hat für die Einrichtung und für die Leitung gesprochen. Wenn man weiß, man hält zusammen, man hat jederzeit einen Ansprechpartner, dann kann man in viele Situationen mit mehr Gelassenheit reingehen. Das wirkt sich dann auch wieder auf die pädagogische Arbeit mit dem Jugendlichen aus.

Haben Sie die Hintergründe der Jugendlichen als belastend empfunden?

Köhler-Dotter: Es beschäftigt einen und es ist gut, wenn man drüber spricht. Wenn man die Hintergründe kennt, kann man die Jugendlichen auch besser einschätzen. Belastet hat es mich nicht, weil ich es nicht ändern konnte. Das muss einem klar sein. Ich kann nur dabei helfen, was der Junge mir jetzt anbietet. Und da heißt es erst mal Sicherheit geben und dann nach vorne schauen. Wir hatten auch viele bleibende Momente, so wurde zum Beispiel eine Pflanze, die auf dem Fensterbrett eines Jungen stand, von Bauarbeitern als Hanfpflanze an die Polizei gemeldet. Die stand dann plötzlich bei uns vor der Tür. Die Pflanze wurde dann zur Inspektion mitgenommen und wenige Zeit später mit einer Entschuldigung zurückgebracht wurde - es war natürlich keine Hanfpflanze, aber von da an ein Dauerschmerz bei uns.

Was haben Sie in dieser Zeit als besonders großer Herausforderung empfunden?

Köhler-Dotter: 2015 hatten wir über die Sommerferien ein Notfallprojekt, d.h. es gab die Anfrage, dass noch Jugendliche aufgenommen werden müssen, wir hatten aber keinen Platz. Es wurde ein Objekt extra angemietet und alle haben mitgeholfen. Die Leitung hat sich aufgeteilt, genauso der Fachdienst und dann gab es sehr viele Unterstützer aus den gesamten Einrichtungen des Don Bosco Werks Würzburg. Angefangen beim Küchenpersonal, die trotz ihres Urlaubs gekocht haben, über die Verwaltungskräfte und bis hin zu anderen Bereichen.

Welche Erfahrungen nehmen Sie mit?

Köhler-Dotter: Also ich denke, egal in welcher Einrichtung, der Pool von Pädagogen, die Erfahrungen mit den umF gemacht haben, der ist jetzt da und den hat es vorher nicht gegeben. Ich denke es ist mit Sicherheit gut in jedem Kontext zu wissen: Das können wir oder das können wir nicht, im persönlichen, wie im beruflichen. Von daher denke ich, ist man fürs nächste Mal besser aufgestellt. Persönlich wie staatlich. Was ich bewundernswert finde ist, dass sich so viele Einrichtungen schnell auf den Weg gemacht haben. Da hätte der Staat alleine nicht bewältigt. Daher finde ich es umso trauriger, dass viele Einrichtungen jetzt alleine gelassen werden.

Was würden Sie sagen, haben Sie von den Jugendlichen gelernt?

Köhler-Dotter: Viele neue Essensgerichte! Aber vor allem: Jugendliche sind Jugendliche. Egal welcher Nationalität und Kultur. Es braucht Geduld. Und in jedem steckt etwas Gutes, auch wenn sie es am Anfang nicht zeigen können.

Neues Land, neue Sprache, neue Kultur – vier junge Geflüchtete berichten von ihren Eindrücken“

Das Interviews wurden zwischen Mai und Juni 2019 geführt.

Viele junge Menschen haben die weite Reise auf sich genommen, mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, geflohen vor Krieg, Krankheiten und Armut. In Deutschland wurden sie mit viel Neuem konfrontiert: Einer neuen, schwierigen Sprache, vielen neuen Menschen, Regeln und anderen Gepflogenheiten. Eine schwierige Situation, vor allem, wenn die eigene Familie soweit weg ist. Einige dieser jungen Männer haben sich bereit erklärt, etwas von ihrer Geschichte zu erzählen.

Ich heiße Jobe, komme aus Gambia und bin 18 Jahre alt. Seit September 2015 bin ich in Deutschland und es war anfangs nicht leicht. Vier Monate habe ich im Flüchtlingslager in der Bayernkaserne mit vielen fremden Menschen gelebt. Danach bin ich nach Würzburg gekommen und musste mich erstmal an die neue Situation gewöhnen – die Sprache und die vielen Gesetze. Toll war, dass ich meinen Schulabschluss geschafft habe und nun im zweiten Jahr meiner Schreinerlehre bin. Der Beruf gefällt mir sehr. Doch jetzt, wo ich 18 bin und die Gruppe hier geschlossen wird, ist nicht klar, wo ich hinkomme, weil ich im Klageverfahren bin. In eine Gemeinschaftsunterkunft (GU) will ich auf keinen Fall. Mein größter Wunsch ist es, hier bleiben zu dürfen und meine Ausbildung fertig zu machen.*

Ich heiße Abdullahi, bin 18 Jahre alt und komme aus Somalia. Seit zwei Jahren lebe ich in Deutschland. Ich war nur drei Wochen in München und bin dann nach Abensberg gekommen. Die neue Kultur und Sprache war nicht einfach, aber ich habe es geschafft. Ich habe mehrere Praktika gemacht, aber Autolackierer hat mir am besten gefallen. Im September 2019 fange ich dort auch meine Ausbildung an. In meiner Gruppe habe ich viel Unterstützung bekommen, beim Kochen und beim Lernen. Mir geht es jetzt sehr gut.*

Ich heiße Ali Omar, bin 17 Jahre alt. Aus Somalia und seit zwei Jahren in Deutschland. Ich fand es nicht einfach, eine neue Sprache zu lernen und mit der neuen Kultur und den vielen neuen Menschen zurecht zu kommen. Die alle kennenzulernen hat etwas gedauert. Komisch finde ich es, dass hier viele Menschen keine Religion haben – das gibt es bei uns nicht. Im September fange ich eine Ausbildung als Krankenpfleger an. Irgendwann will ich dann zurück in meine Heimat und den Menschen dort helfen.*

Ich heiße Aliou und komme aus dem Tschad. Seit fast vier Jahren bin ich jetzt in Regensburg und mache nun im zweiten Lehrjahr die Ausbildung zum Hotelfachmann. In meiner Freizeit bin ich oft beim Campus Asyl und helfe anderen Flüchtlingen, die Unterstützung brauchen. Im Februar 2019 bin ich auch in den Vorstand gewählt worden.*

Ich hatte gar nicht geplant nach Deutschland zu kommen, das war eher Zufall. Da ich aus einem französischsprachigem Land komme, habe ich nicht einmal gewusst, was mit Germany gemeint ist. Für mich ist Deutschland ja Allemagne. Meine ersten Erfahrungen hier waren dann sehr positiv, das hat mich überrascht. Bei uns gibt es dieses Vorurteil, dass Europäer nur helfen, wenn es ihren eigenen Interessen dient.

Weiter auf Seite 23 

Gerade wenn man die Sprache nicht kennt und in einem fremden Land ist, tut diese Freundlichkeit gut. Nach zwei Wochen in der Erstaufnahme kam ich dann nach St. Vincent in Regensburg. Auch wenn ich die Sprache nicht konnte, habe ich es auch ohne Worte geschafft, mich bei den Betreuern verständlich zu machen. Aus unserer Gruppe ist eine Art kleine Familie geworden. Die Betreuer waren viel für uns da, haben uns unterstützt und dafür gesorgt, dass wir die Hoffnung nicht aufgeben. Sie haben mich angetrieben Praktika zu machen. So habe ich meinen Schulabschluss geschafft und einen Ausbildungsplatz gefunden und alles über die Bürokratie in Deutschland gelernt.

Das Wort Integration habe ich früher nicht verstanden. Integrieren heißt, sich den Regeln anzupassen, aber wenn ich die Sprache nicht kann, nützt das nichts. Es war auch seltsam für mich, dass junge Leute hier kein Interesse an Religion haben und mir auch nichts darüber erzählen können. Das hat mich überrascht. Für mich bedeutet Integration, mich selbstständig zu machen und als Mensch akzeptiert zu werden. Jetzt brauche ich noch Unterstützung, aber das heißt nicht, dass ich sie für immer brauche. Jeden Tag kämpfe ich um meine Rechte, denn ich habe einen langen Kampf vor mir, einen Kampf, um hier bleiben zu können. Und ich werde weitermachen bis ich mein Ziel erreicht habe.

*Die Namen der Interviewpartner wurden anonymisiert

„Das roch nach Lösungen, nicht nach Problemen“

Interview mit Jutta Hahn, Jugendwerk Don Bosco Bamberg und Sarah Armbrecht, Caritas Jugendhilfe Pettstadt
Das Interview wurde im Juli 2019 geführt.



Jutta Hahn (li.), Sarah Armbrecht (re.)

In Bamberg Stadt und Landkreis hat man bei den jungen Geflüchteten von Anfang an einiges anders gemacht, als in anderen Teilen von Bayern. So gab es für alle von Beginn an einen Deutschkurs – egal, wie der Status war. Denn es war klar: Hier muss langfristig gedacht werden. Jutta Hahn vom Jugendwerk Don Bosco Bamberg, Psychologin und Sozialpädagogin, ist seit 2015 Bereichsleitung für junge geflüchtete Menschen. Sarah Armbrecht ist mittlerweile die stellvertretende Einrichtungsleitung der Caritas Jugendhilfe Pettstadt, 2014 war sie ebenfalls Bereichsleitung für die umF und hat die Entwicklung der letzten Jahre hautnah mitbekommen. Im Interview

haben sie mit uns über motivierte, höfliche junge Menschen, Wissensdurst und vor allem über die positiven Errungenschaften und Momente gesprochen.

Was hat sich 2014 bei Ihnen in den Einrichtungen verändert?

Sarah Armbrecht: Wir haben begonnen eine neue Struktur aufzubauen. Innerhalb eines halben Jahres haben wir eine sozialpädagogische Jugendwohngruppe, zwei Heilpädagogische Jugendwohngruppen dazubekommen – und haben uns so um ein Drittel vergrößert. Wir waren überrascht, wie einfach das funktionierte. Es lag so eine Stimmung über diesem Land, über der Jugendhilfelandchaft, das roch nach Lösungen, nicht nach Problemen. Wir haben da sehr gerne ganz viel Energie investiert, wir haben tolle Mitarbeiter gefunden, wir hatten auch baulich Glück und konnten wirklich neue Objekte anmieten, sind da auch Risiken eingegangen. Das ist für uns Pionierzeit gewesen.

Jutta Hahn: Zu uns kamen bereits 2012/2013 die ersten umF, dann aber 2014 sehr viele und wir haben innerhalb von einem Jahr fünf Gruppen aufgemacht. Wir haben uns gefreut und es war sehr unterschiedlich zur Jugendhilfe, aus der wir eigentlich kommen, weil die Kinder eine ganz andere Problematik haben. In der klassischen Jugendhilfe steht mehr der erzieherische Auftrag im Vordergrund. Plötzlich kamen aber sehr höfliche junge Menschen an, die Bildung wollten, die erstmal sehr zufrieden und dankbar waren, die einem die Tür aufgemacht haben und einen Sitzplatz angeboten haben. Vor älteren Personen hatten sie einen natürlichen Respekt und man konnte meist auf Augenhöhe mit ihnen arbeiten.

Kamen Sie auch an ihre Grenzen mit der Sprachbarriere, den Traumata, den anderen Kulturen?

Armbrecht: Es hat uns gefordert. Der Unterschied war auch: Wir hatten auf einmal so viele junge Menschen, die keine Bindungsstörung hatten. Sie kamen zu uns als diejenigen, die es geschafft haben. Oft als sehr geliebte Söhne, Söhne, denen man viel zugetraut hatte, die als Sendboten aus einer „schlechteren“ Welt zu uns kamen. Vor Herausforderungen hat es uns natürlich trotzdem gestellt. Denn fast jeder von ihnen hatte Gewalt, Demütigung, den Verlust von Würde, die Entwurzelung erfahren und dann dieses plötzliche Erkennen: „Jetzt habe ich Freiheit und Frieden, aber was habe ich sonst? Davon kann ich nicht satt werden, außerdem habe ich keine Familie mehr.“ Wir haben angefangen manualisierte Trainings oder Psychoedukation so anzupassen, dass sie für diese Zielgruppe geeignet war. Teilweise war es schwierig und wir sind an Grenzen gestoßen, die wir nicht wegschieben konnten. Da war eine Verschiedenheit, die hat sich auch nicht lösen lassen.

Hahn: Der Umgang mit den Jugendlichen war meist sehr entspannt und auf Augenhöhe, aber wenn es mal zu einer Auseinandersetzung kam, dann war die immer mit Kraft, mit Lautstärke, mit Rumms. Das war kein Zwölfjähriger, der einen halben Kopf kleiner ist, sondern da stand im Grunde genommen

ein erwachsener, wütender junger Mann. In dieser Wut, in dieser Trauer, in dieser Trigger-Situation waren sie wie andere Menschen. Da hat man dann die Traumatisierung stark gemerkt. Das waren die schwierigsten Momente für die Mitarbeiter, weil die jungen Menschen dann wie ausgewechselt waren. Die bisherigen Methoden haben in so einer Situation überhaupt nicht gefruchtet. Da musste man umdenken, das war ein Lernprozess.

Wie sind Sie mit den Unterschieden umgegangen?

Hahn: Wichtiger war mit therapeutischen Methoden zu arbeiten, zu überlegen: Was mache ich denn? Was geht in diesem Moment in der Person vor? Ich kann also nicht nur erzieherisch eingreifen, sondern muss auch therapeutisch eingreifen. Das war schon nochmal eine Neubewertung der eigenen Rolle, der Erzieherrolle. Das war die Frage nach dem „sicheren Ort“, der bei ihnen natürlich ganz anders aussieht, als bei unseren deutschen Jugendlichen. Kann ich mit so einem Jugendlichen an Silvester das Feuerwerk anschauen? Kann ich mit ihnen eine Kanufahrt machen? Hier musste man viel Biographiearbeit leisten und mitbedenken, die sonst bereits in der Akte stehen würde.

Armbrecht: Wir haben schon erlebt, dass dieser interkulturelle Austausch sehr zentral war. Es gab die jungen Menschen, die aus Afrika stammten, vor allem aus den Subsahara Staaten und die, die aus Asien stammten. Das war nicht immer leicht. Sie kamen und haben den Frieden gesucht, aber den Krieg gelernt – und im übertragenem Sinne haben sie ihn auch mitgebracht. Sie kamen, weil sie unfrei waren, aber sie wollten frei sein. Aber sie hatten die Werkzeuge nicht gelernt, um die Freiheit zu beherrschen. Sie hatten ihre Feindbilder auch im Kopf – wer gehört zu mir und wer nicht. Die Unterschiede sind uns oft in kleinen Dingen begegnet, bei denen wir gemerkt haben, was ist Achtsamkeit eigentlich wirklich? Heute achten wir beispielsweise auf den Ramadan und auf das Thema Schweinefleisch – doch das mussten wir auch erst lernen. Jetzt ist dieses Denken für uns selbstverständlich und das hat wirklich etwas verändert.

Wie haben sie die Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Einrichtung erlebt?

Hahn: Mit der Bevölkerung war es am Anfang richtig toll. Da war ganz viel Offenheit, diese Willkommenskultur, die gab's wirklich. Es war eine unglaubliche Freude, jeder wollte helfen, hat Fahrräder, Kleidung und viel zu große Fußballkleidung gespendet. Wir haben dann auch sehr schnell ein Patenprogramm gegründet und wir hatten unglaublich viele Paten am Anfang. Die Patentreffen, sowie die Trägertreffen, waren riesig. Wir haben über alles diskutiert und gemeinsam entwickelt, entworfen und uns gemeinsam auf den Weg gemacht. Das war ein unglaubliches Gefühl. So viele, die zusammengearbeitet haben.

Armbrecht: Das teile ich zu 100 Prozent. Was uns damals schon klar war ist, dass wir in Bamberg auf der Insel der Glückseligen sitzen, denn das Jugendamt der Stadt Bamberg und des Landkreises Bamberg waren beide sehr offen und bereit ihren Aufgaben nachzukommen – nicht nur in einer Art und Weise, die Genüge leistet, sondern die sehr an der Zielgruppe orientiert war. Das Jugendamt der Stadt Bamberg hat beispielsweise für jeden jungen Menschen, der hier ankam, einen Sprachkurs ab dem ersten Tag an der Volkshochschule finanziert. Das war in meinen Augen ein ganz immenser Wirkfaktor und keine Selbstverständlichkeit. Das sind Nuancen, die für die jungen Menschen Türen geöffnet haben. Das hat auch für uns als Einrichtung eine Tagesstruktur möglich gemacht. Außerdem haben wir sehr gute Erfahrungen in der Kooperation mit der Polizei gemacht. Diese Zielgruppe, junge Leute unter 25, sind immer eine Hochrisikogruppe – der Mann unter 25 ist in der Kriminalstatistik eben das rote Tuch. Die Jugendkontaktbeamten von Franken haben uns eingeladen, über die umF zu erzählen und haben das in ihre Polizeiinspektionen getragen. Die Polizei war da, wenn man sie gebraucht hat, sie haben beraten und auch mal an Geselligkeiten teilgenommen, um selber positiv in Erscheinung zu treten. Ein wichtiger pädagogischer Aspekt, denn diese jungen Menschen mussten lernen, die Polizei nicht als einen Feind und als Gefahr zu sehen.

Dann kam der Wandel – Wo war ihrer Meinung nach der Knackpunkt?

Armbrecht: Einer war wahrscheinlich November 2015, als die Umverteilung auch für umF beschlossen wurde. Das hat sehr stark verunsichert. Davor wussten die jungen Menschen, wenn sie in Obhut genommen werden, dann sind sie erstmal angekommen. Und das neu eingeführte Rechtsinstrument der vorläufigen Inobhutnahme mit der Option der Umverteilung, wie bei den Erwachsenen, hat für Misstrauen gesorgt.

Hahn: Ein weiteres Element war das Warten. Als sie gerade angekommen sind, war für sie klar: „Wir müssen warten, wir sind sicher.“ Dann kam die Umverteilung, und plötzlich wurde der Status so wichtig. Wer hat welchen Status und warum. Dann wurden Asylbescheide verglichen. Es wurde plötzlich so intransparent. Wir konnten nicht mehr sagen, wann wer welchen Status bekommt. Unsere jungen Geflüchteten erzählten bei Anhörungen teilweise Bruchstücke, veränderten diese - was normal ist bei einer Traumatisierung – das wirkt dann aber nicht stimmig.

Armbrecht: Es ging dann weiter, als die Aufgaben zentralisiert wurden. Als nicht mehr die örtlichen Ausländerbehörden alleine zuständig waren, sondern die zentrale Ausländerbehörde, jetzt heißt es Ankerzentrum. Damit begann eigentlich die Willkür – anders kann ich es nicht nennen. Vorher ist man in die Ausländerbehörde gegangen, man kannte die Sachbearbeiter, das hatte etwas Persönliches. Da war man dem Bürger und der Bürgerin gleichgestellt. Ein ganz großer Einschnitt war dann die erste Abschiebung aus einer stationären Jugendhilfeeinrichtung am Nikolaustag 2017. Das war ein Signal, das die Jugendlichen in den Einrichtungen, die wir betreut haben, ganz stark getroffen hat. Zeitgleich wurde dann auch die kollektive Stimmung in der Bevölkerung immer ablehnender. Es ist mittlerweile leider fast üblich, beschimpft zu werden, vor allem als afrikanischstämmiger junger Mensch. Die Willkommenskultur ist nicht mehr spürbar. Und die jungen Menschen, die ich durch die Bank als sehr höflich empfinde, sind mittlerweile soweit, dass sie Dinge erzählen, von denen sie früher nicht erzählen mussten. Die Dinge heißen Rassismus, Erniedrigung, Unhöflichkeit.

Von einigen Stellen hört man, dass die Hilfen mit 18 oft enden. Gibt es da nicht auch viel Frust bei den Jugendlichen?

Hahn: Wir haben viel Unterstützung vom Jugendamt, damit auch die über 18jährigen weiter Hilfe bekommen. Durch das Ankerzentrum hat es sich nochmal etwas verschoben, aber wenn wir die Gründe gut und deutlich beschrieben haben, wurde auch eine Hilfe weiterbewilligt, z.B. betreutes Wohnen. Was sich verändert hat, ist die Frage nach: Wer darf arbeiten, wer nicht? Wer darf eine Ausbildung machen? Wer ist aus welchem Land und hat eine Bleibechance? Durch die Schule bekommen wir sie oft noch geschleust, aber wenn sie aus dem falschen Land sind, z.B. Afghanistan, dann bedeutet das Gemeinschaftsunterkunft (GU) und keine Ausbildung.

Armbrecht: Also wir haben auch erlebt, dass der Fokus darauf liegt, dass sich die Hilfe „gelohnt“ haben soll. Hier in Bamberg denken die Verantwortlichen auch logisch: Warum soll ich in den Menschen 100.000 Euro investieren und dann sagen „so, alles Gute zum 18. Geburtstag. Tschüss und ab ins Ankerzentrum“? Hier empfinde ich die Behörden richtungsweisend und immer sehr transparent. Verschärft hat sich auch aus meiner Sicht die Arbeitssituation. Teilweise werden sehenden Auges junge Männer ins Nichtstun getrieben, die sich eigentlich sehr gut mit einer Arbeit selbst finanzieren könnten. Diese jungen Menschen haben einen monetären Bedarf. Die wollen und müssen den irgendwie decken. Das macht sie auch für negative Tätigkeiten anfällig, z.B. Illegales, wie Substanzen, Gestohlenes oder den eigenen Körper verkaufen. Das sehe ich als Problem, das zum Teil hausgemacht ist.

Welche weiteren Probleme löst das aus?

Armbrecht: Es ist auch eine Entwertung dessen, zu dem dieses Land fähig wäre. Denn es steckt ja auch viel Sachverstand von Ehrenamtlichen drin, z.B. die Paten in der Stadt Bamberg. Was die an Zeit, Geld und Herzblut reingesteckt haben, wie entwertet man dieses Engagement, wenn man sie als Gutmenschen beschimpft? Anstatt zu reflektieren, zu was dieses Land aus der Zivilgesellschaft heraus in der Lage war. Man hätte aus dieser Migrationsbewegung auch einen Gewinn für die Gesellschaft schlagen können. Warum man dies nicht tut, will ich nicht verstehen. Das finde ich blöd.

Würden Sie heute etwas anders machen?

Hahn: Vielleicht hätten wir uns politisch besser aufstellen müssen, lauter und schneller sein, mehr auflehen müssen gegen das ein oder andere. Wir haben zwar die Jugendlichen aufgenommen, wurden aber bei vielen Prozessen, wenn es Veränderungen gab, als letztes angehört. Richtig Einflussnehmen konnten wir nicht. Da würde ich beim nächsten Mal versuchen lauter „HIER“ zu schreien und deutlich machen, wie wichtig es ist.

Armbrecht: Wir würden alles wieder so machen und erleben wollen. Ich denke aber auch, dass wir ganz laut unsere Stimmen erheben müssen, wo es um Strukturen für umF geht, gerade die in den vorläufigen Inobhutnahmen. Wir als Vertreter der Jugendhilfe und auch der Wohlfahrtsverbände müssen sagen: Ankerzentren sind kein Ort für Kinder, denn das schadet ihrem Wohl. Es muss uns gelingen für Kinder andere Bedingungen zu erkämpfen. Denn es ist egal, ob Kinder Mohamed oder Martin heißen, es sind Kinder.

Was nehmen Sie aus der Zeit mit?

Hahn: Es ist auch wichtig den Faden, die Verbindung zu den Jugendlichen nicht zu verlieren. Wir haben zum Glück dieses Care Leaver Projekt, wo sie immer wieder zu uns kommen können, das ist so wichtig, gerade für die geflüchteten Menschen. Die brauchen das noch viel mehr. Die haben ja niemanden. Das darf man nicht vergessen.

Armbrecht: Wir waren ja eine Zeit lang Heimat für die Jugendlichen. Das war eine tolle Aufgabe für die Jugendhilfe. Sie war ein Instrument, Menschen zur Demokratie zu befähigen. Unseren Mitarbeitern war klar, wie groß die Verantwortung ist, aber auch, was das für ein tolles Geschenk ist, etwas weitergeben zu dürfen, jemanden zu prägen. Einen Eindruck von diesem Land mit Freiheit, Demokratie und Gleichheit und Chancen und alledem, was wir 2014 noch für sehr real hielten, weitergeben zu können. Ich bin sehr überzeugt, dass das gut war.

„Ein Jugendamt alleine kann das nicht schaffen“

Interview mit Franz Prügl, Leiter des Kreisjugendamts Passau

Das Interview wurde im August 2019 geführt.



Franz Prügl

Franz Prügl ist Leiter des Kreisjugendamts Passau. Die Jahre mit den jungen Geflüchteten sind ihm noch gut in Erinnerung geblieben und haben die Arbeit seiner Behörde verändert. Im Interview im September 2019 mit dem LVkE hat er diese Zeit nochmal rekonstruiert und mit uns über kaum zu bewältigende Aufgaben, Hilfsbereitschaft und Erfahrungen für die Zukunft gesprochen.

Wie war die Situation zu Beginn für Sie?

Franz Prügl: Im Jahre 2013 und bis Anfang 2014 hatten wir nur wenige Berührungspunkte mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA). Sie kamen vereinzelt und wir brachten sie in unseren Jugendhilfeeinrichtungen unter. Als etwa Mitte des Jahres 2014 absehbar war, dass sich die Aufgriffszahlen deutlich erhöhen werden, begannen wir, mit unseren Einrichtungen Vorkehrungen für höhere Platzzahlen zu treffen.

Die Prognosen des Sozialministeriums (StMAS) gingen davon aus, dass im Jahre 2014 zwischen 3000 und 4000 umA in Bayern einreisen könnten. Betroffen waren hier in erster Linie die Grenzjugendämter, die nach der damaligen Rechtslage sowohl für die Inobhutnahme, als auch für Unterbringungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilferechts zuständig waren. Eine Aufgabe, die mit den herkömmlichen Mitteln der Jugendhilfe kaum zu bewältigen war.

Wir begannen, mit unseren Kooperationspartnern der Heimerziehung intensive Gespräche zu führen, wie die Unterbringung und Versorgung einigermaßen sichergestellt werden könnte. Sehr kooperativ war damals die Zusammenarbeit mit dem Haus St. Josef, einer Einrichtung der Jugendhilfe, und dem Kreischaritasverband Passau. Mit beiden Partnern konnten wir sowohl eine Zentrale Inobhutnahmestelle (Erstaufnahmeeinrichtung der Jugendhilfe) als auch Heimplätze generieren.

Was haben Sie zu Beginn der Krise empfunden?

Prügl: Es ging schleichend los. Ab dem Frühjahr 2015 erfolgten dann täglich mehr und mehr Aufgriffe, wir wussten nicht mehr wohin mit den umA, unsere Überlegungen (Konzepte) von 2014 reichten nicht mehr aus. Es gab verschiedene Gespräche mit den Kooperationspartnern wegen der Inobhutnahmestellen und der Aufstockung bzw. Neuschaffung von Heimplätzen. Daher musste das Jugendamt anders strukturiert werden, aus Verwaltung und Sozialdienst mussten sogenannte umA-Bereiche geschaffen werden, zu Lasten der anderen Fachbereiche.

Im Mai 2015 ging es richtig los: Es wurden die Unterbringung von ca. 100 umA in der Turnhalle Hauzenberg durchgeführt, mit anschließender Verlegung in eine Turnhalle in Röhrnbach. Weitere Stellen für Inobhutnahme und Erstversorgung der umA wurden ermöglicht, da täglich zum Teil bis zu 50 Aufgriffe durch die Bundespolizei erfolgten. Das war für das Kreisjugendamt (KJA) Passau nicht mehr zu schaffen. Dann erfolgte eine Initiative aller Oberbürgermeister und Landräte der Grenzgebiete in Bayern, die zu einem Krisengipfel im Juni 2015 im StMAS München führte. Es kam zur Zusage aller bayerischen Kommunen, den Grenzjugendämtern zu helfen und Inobhutnahmen aufzunehmen und im Rahmen der Amtshilfe zu versorgen. Die offizielle Zuständigkeit blieb weiterhin bei den Aufgriffsjugendämtern.

Von Mai 2015 bis Ende des Jahres 2015 hatten wir ca. 4000 umA in Obhut genommen und teilweise weitergeleitet an andere Jugendämter. Hierbei entstanden uns Kosten von über 12 Millionen Euro, die wir mit einem enormen Verwaltungsaufwand von den uns zugewiesenen Kostenerstattungsträgern aus ganz Deutschland zurückfordern mussten.

Die SGB VIII Änderung zum 01.11.2015 (bundesweite Verteilung) brachte etwas Entzerrung, gleichzeitig gingen zum Jahresende die Zahlen zurück. Bei diesem Gesetzgebungsverfahren wurde ich zur Expertenanhörung in den Familienausschuss des Deutschen Bundestages eingeladen. Erfreulich war, dass einige Forderungen aus der Praxis dann tatsächlich in das Gesetz mit aufgenommen wurden (z.B. keine Vormundschaftsbestellung während der Inobhutnahmen, Regelung zur Alterseinschätzung, Begleitung einer geeigneten Person im Verteilungsverfahren).

Wie haben Sie die Zusammenarbeit in dieser Zeit erlebt?

Prügl: Am Anfang als äußerst schwierig, weil Grenzjugendämter allein für Inobhutnahmen und Hilfen nach SGB VIII zuständig waren, verbunden mit einer gewissen Ohnmacht, keiner konnte Dir helfen, weil ja nur wir Grenzjugendämter zuständig waren.

Die Kooperation mit Bundespolizei war nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr positiv, in der Nacht aufgegriffene junge Geflüchtete wurden beispielsweise bis zum nächsten Morgen dort versorgt. Die Hilfe von Regierung und StMAS war sehr positiv. Die Regierung stellte uns Ferienhäuser in Kellberg für die Inobhutnahmen zur Verfügung, das StMAS warb bei allen bayerischen Kommunen, uns in Amtshilfe zu unterstützen und drängte auf eine bundesweite gesetzliche Regelung der Verteilung. Eine enorme Unterstützung haben wir durch unsere örtlichen freien Träger erfahren.

Was haben Sie daraus gelernt / mitgenommen?

Prügl: Es ist sehr schwierig, selbst bei klaren gesetzlichen Regelungen schnell und flexibel zu handeln. In solchen Situationen ist es unumgänglich, die örtliche und überörtliche Politik rasch einzubinden, um flexible Lösungen umsetzen zu können. Denn ein Jugendamt alleine kann das nicht schaffen.

Was waren positive Highlights? Was war schwierig?

Prügl: Positiv war die enorme Unterstützung vieler bayerischer Jugendämter nach dem Krisengipfel im StMAS im Juni 2015 und der Zusammenhalt innerhalb des Jugendamtes trotz der enormen Belastung. Wir sind alle mit unseren Aufgaben gewachsen. Toll war auch die besondere Hilfestellung durch die Heimträger Haus St. Josef, Büchlberg und dem Kreiscaritasverband Passau

Ich werde auch nicht vergessen, wie es war, in die dankbaren Augen der Aufgegriffenen zu sehen, als wir sie in unserer Inobhutnahmestelle in Kellberg untergebracht hatten. Endlich konnten sie duschen und bekamen ausreichend zu essen. Die ärztliche Versorgung konnten wir mit einer Ärztin vor Ort sicherstellen. Viele der jungen Menschen hatten Verletzungen, von Blasen an den Füßen, über Hautabschürfungen bis hin zu größeren Verletzungen, die behandelt werden mussten.

Schwierig war wiederum die schnelle Umstrukturierung des Jugendamtes hin zu einer Einheit „Versorgung und Betreuung von UMA“. Trotz vielfältiger Aufgaben musste auf die Schnelle von allen Bereichen (Verwaltung und Sozialdienst) Personal abgezogen werden, um die Herausforderungen meistern zu können.

Wir mussten deswegen eigene Aufgaben vernachlässigen (z.B. ambulante Betreuung unserer Familien, konnten Gefährdungstatbestände nicht mehr in der nötigen Intensität klären) und hatten dadurch Sorge, dass in unseren Familien etwas passieren könnte. Rückblickend haben wir diesen Balanceakt jedoch geschafft.

Was würden Sie heute anders machen?

Prügl: Ich würde unverzüglich über unseren Landrat versuchen, eine Lösung dahingehend einzufordern, dass zumindest die Inobhutnahmestellen staatlich betrieben werden. Dazu müsste der Staat die

entsprechenden Gebäulichkeiten, sowie das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Dies würde den Jugendämtern in diesem Bereich verwaltungsaufwändige Abrechnungen ersparen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich freie Träger enorm engagiert haben, um Plätze zu schaffen. Im Landkreis Passau verdienen sich hier das Haus St. Josef und der Kreiscaritasverband Passau ein sehr großes Lob. Ohne dessen Hilfe und Unterstützung hätten wir diese Aufgabe nicht geschafft. Die Zusammenarbeit mit diesen Partnern war hervorragend. Man merkte irgendwann nach außen gar nicht mehr, ob es sich um Personal des Jugendamtes oder des freien Trägers handelt.

Wir hatten dem Kreiscaritasverband alle angefallenen Kosten, die anlässlich der Inobhutnahmen entstanden waren, bezahlt. Obwohl wir wiederum einen Kostenerstattungsanspruch gegen andere Bundesländer hatten (Rechtslage bis 31.10.2015) mussten wir hier für gut zwei weitere Jahre einen enormen Verwaltungsaufwand betreiben, um unsere verauslagten Kosten erstattet zu bekommen.

Ich gehe davon aus, dass viele freie Träger, welche auf höheren Kosten „sitzen“ geblieben sind, heute für die Jugendämter nicht mehr so ohne weiteres tätig werden würden. Von daher wäre es aus meiner Sicht unabdingbar, dass eine Inobhutnahmestelle von Anfang an staatlich finanziert werden müsste. Nur dann könnte man freie Träger, die wir dringend bräuchten, zur Mitarbeit gewinnen.

Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte?

Prügl: Die derzeitige große Herausforderung ist die Integration. Dazu gehören insbesondere schulische und berufliche Ausbildungen sowie die Akzeptanz der jungen Menschen in unserer Gesellschaft. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist mindestens eine ähnliche große Aufgabe wie die Herausforderungen von 2015.

Der Landkreis Passau hat derzeit eine Quote von 65 umA zu erfüllen, tatsächlich befinden sich jedoch 75 umA in der Jugendhilfe (Stand: 31.08.2019). Viele bayerische Jugendämter, Stand heute, erfüllen bei weitem nicht die geforderte Quote. Das zeigt, dass sich der Landkreis Passau auch nach der Flüchtlingssituation in hohem Maße um die jungen Geflüchteten kümmert. Viele sind zwischenzeitlich volljährig und befinden sich in Schul- bzw. Berufsausbildung.

Not sehen und handeln

Fachforum Stationäre Einrichtungen der Diözese Passau



Von links nach rechts:

Thomas Brecht, Erika Paul, Johannes Erbertseder

Wenn über die Flüchtlingskrise gesprochen wird, tauchen in vielen Köpfen auch die Bilder aus Passau auf, die damals durch die Medien gingen: Flüchtlinge, die am Rande der Autobahn entlangliefen, an den Tankstellen standen, zurückgelassene Kleidung und Gepäckstücke in den grenznahen Wäldern. Begriffe wie Flüchtlingskrise und humanitäre Notlage waren etwas, dass die Menschen vor Ort direkt und persönlich erlebten, nicht nur als Bilder, die über den Fernsehbildschirm flimmerten.

Unter den geflüchteten Menschen waren nicht nur Erwachsene und Familien, sondern auch viele Kinder und Jugendliche, die sich alleine auf den Weg gemacht oder ihre Familien unterwegs aus den Augen verloren haben. Sie kamen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Altötting, aber auch Orten wie Büchlberg oder Freyung, die manch einer vielleicht noch nie zuvor gehört hat. Sie alle gehören zur Diözese Passau und auch hier musste man sich schnell auf die neue Situation einstellen und Lösungen finden. Beraten und unterstützt haben sich hierbei u.a. die Mitglieder des Gremiums *Fachforum stationäre und teilstationäre Einrichtungen der Erziehungshilfe* der Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen Passau, die sich im Oktober 2019 zu einem abschließenden Gespräch über die Arbeit der letzten vier Jahre getroffen haben.

Die Umsetzung damals wäre sehr pragmatisch gewesen, sagt der Fachforumsleiter Johannes Erbertseder, Gesamtleiter des Franziskushaus in Altötting und Vorstandsmitglied des LVkE: „Als Träger war auch die Herausforderung, innerhalb kürzester Zeit Angebotsformen aus dem Boden zu stampfen. Es ist teilweise innerhalb weniger Monaten gelungen, Heimgruppen zu ermöglichen, deren Entstehungsprozesse im Regelverfahren bis zu drei Jahre in Anspruch nehmen.“ Langjährige Jugendhilfeeinrichtungen wie St. Josef Büchlberg haben das **Angebot deutlich ausgebaut**, das Franziskushaus Altötting hat die Platzzahlen gar verdreifacht. In Stadt und Landkreis Passau, sowie in einigen anderen Teilen der eher ländlich strukturierten Diözese, waren bis dahin die stationären Jugendhilfeplätze rar gesät. So mussten in dieser Zeit komplett neue Strukturen aufgebaut werden.

In der Relation zur bisherigen Anzahl der Jugendhilfeplätze kam es zu einer rasanten Steigerung.

Zunächst wurden von den Caritasverbänden für Stadt und Landkreis Passau bzw. Freyung-Grafenau sogenannte Notaufnahme-Einrichtungen geschaffen. In Turnhallen mussten bis zu 80, teilweise sogar **120 Kinder und Jugendliche provisorisch untergebracht** und betreut werden. Die Kreiscaritasverbände Freyung, Passau und Regen schufen dann zügig sieben neue Inobhutnahme- und Nachfolgeeinrichtungen. In der Relation zur bisherigen Anzahl der Jugendhilfeplätze kam es zu einer rasanten Steigerung. „Auch in der Bevölkerung war große Aufbruchsstimmung. Es war klar: Hier ist Not, hier gilt es zu unterstützen und zu handeln“, berichtete Erbertseder. Viele Träger, die bis dahin keine Jugendhilfe in ihrem Angebot hatten, schalteten sich ein, aber neben den professionellen Einrichtungen gab es auch einige Menschen, die **private Arbeitsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen** gegründet, Erzieher angestellt und Plätze geschaffen haben. Dabei Standards wie in der klassischen Kinder- und Jugendhilfe zu wahren, war nicht immer realisierbar.

In den Anfangszeiten halfen viele Freiwillige mit, organisierten Kleiderspenden, warteten bei Wind und Wetter am Bahnhof, begrüßten und teilten Tee und etwas zu Essen aus. Das **ehrenamtliche Engagement** konnte, laut Maik Hollstein, damals Bereichsleitung mit Schwerpunkt unbegleitete Minderjährige im Franziskushaus Altötting und heute Gesamtleiter am Standort St. Maria Fürstenzell, zum Teil in den Einrichtungen jedoch auch Schwierigkeiten mit sich bringen. „Die Leute haben die Kinder und Jugendlichen empfangen, haben sie versorgt und 'begutmenscht', so sage ich es mal, und dann kamen die jungen Menschen zu uns in die Einrichtungen und hatten erstmal recht hohe Ansprüche.“

Erwartung von Dankbarkeit

Diese **Anspruchshaltung** konnte Thomas Brecht, Gesamtleiter des Haus St. Josef in Büchlberg, zumindest zu Beginn nicht feststellen. Bei Ihnen kamen die Kinder und Jugendlichen oft "direkt vom Bahnhof". Die Erwartungen wären hier erst mit der Zeit gestiegen. Das führte er mitunter auch auf das große Engagement der Ehrenamtlichen zurück: „Das neue Fahrrad, die Turnschuhe, nur Nike, kein Adidas – die umF haben sich das sehr schnell an die deutschen Jugendlichen angeglichen. Die Menschen haben es mit ihren Spenden gut gemeint, aber es war auch oft eine **Erwartung von Dankbarkeit** dabei und wenn die Jugendlichen diese nicht erfüllt haben, waren sie enttäuscht“. Das sei laut Brecht der Unterschied: Denn ein **professionell geschultes Fachpersonal** erwartet keine Dankbarkeit von den jungen Geflüchteten. Diese Situation führte in der Einrichtung von Hollstein Mitte 2015 dazu, dass sie das ehrenamtliche Engagement komplett streichen mussten bzw. es auf außerhalb der Jugendhilfe, in die Sport- und Kulturvereine, verlagert wurde. Die Vorfälle zuvor reichten von zu starker **Einmischung in den Erziehungsauftrag** bis hin zu Ehrenamtlichen mit pädophilen Hintergrund, die so versuchten in die Nähe der jungen Menschen zu kommen. Auch das war in dieser Zeit traurigerweise keine Seltenheit.

Der plötzliche Anstieg der Zahlen führte natürlich auch zu einem anderen Problem: **Fehlende Mitarbeiter*innen**. Für manch einen Quereinsteiger gab es da die Möglichkeit, in das Arbeitsgebiet einzusteigen. Trotzdem blieb das eher die Seltenheit. „Gutes Personal zu finden war schwierig. Wir durften wirklich nur Fachpersonal einstellen, mussten dann aber aus Mangel auch jeden nehmen. Die Fluktuation war dementsprechend hoch - oft verknüpft mit anderen Erwartungen an die Arbeit“, erzählte Hollstein. Die geeigneten und guten Mitarbeiter*innen sind dafür bis heute geblieben.

Plötzlich ging es nicht mehr um Integration, sondern um die Kostenfrage

Für manch eine der Privatinitiativen, die viel eigenes Kapital eingebracht und nur GBRs gegründet haben, endete die Zeit mit einer Privatinsolvenz. Nachdem weitere Flüchtlinge ausblieben und die Angekommenen neu verteilt wurden, wurde auch weniger belegt und damit rückten finanzielle Fragestellungen wiederum in den Vordergrund. Die Träger waren erneut vor **große Herausforderungen** gestellt: Welche Lösungen gibt es für die nicht mehr genutzten Gebäude? Wie ist mit dem nicht mehr benötigten Personal umzugehen? Teilweise hatten die Träger Glück und konnten Mietverträge beenden oder die Objekte anderweitig nutzen. Wie teilweise mit den Helfenden umgegangen wurde, frustriert auch Johannes Erbertseder: „Ich wende hier bewusst den Caritas-Leitsatz an: **Not sehen und handeln**. Da ging es anfangs um Integration und Hilfe, auch politisch unterstützt von allen Ebenen. Das ist dann in eine gegenteilige Stimmung gekippt. Plötzlich ging es nicht mehr um Integration, sondern um die Kostenfrage.“ Integration sei nahezu unmöglich gemacht, **Asylverfahren verschleppt** worden und mit Rückgang der Zahlen gab es zum Teil wenig Unterstützung bei der Abwicklung und Refinanzierung. Der Vorwurf, Träger hätten an der Krise verdient, weist Erbertseder entschieden von sich: „In der Jugendhilfe kann man keine Gewinne erzielen, sondern höchstens kostendeckend arbeiten. Das ist aber in der Auflösungsphase gekippt, da die Plätze nicht mehr belegt wurden.“

Die Kooperation mit dem Jugendamt sei gut gewesen, erzählte Erika Paul, Geschäftsführerin der AGkE Passau: „Da hatte ich das Gefühl wir saßen im **selben Boot**, Jugendamtsleiter und wir.“ Außerdem sei die Nachbetreuung der jungen Volljährige bis maximal 21 immer gewährleistet gewesen. Doch wie in ganz Deutschland, wurde auch hier aus der anfänglichen Hoffnung, die jungen Menschen durch Schule und vor allem Ausbildung zu integrieren, zunichtegemacht. „Wir hatten beispielsweise einen Bäcker, der zwei umF als Auszubildende nehmen wollte, die auch sehr motiviert waren. Und plötzlich durften sie nicht mehr arbeiten – **ohne Angabe von Gründen**“, erzählte Brecht. Kein Einzelfall. Etwa bei der Hälfte der dort lebenden Jugendlichen kam es zu solchen Entscheidungen – **extrem frustrierend für alle Beteiligten**. Für die wirkliche Integration außerhalb der Einrichtungen hätten, laut Brecht, nicht die Regierung gesorgt, sondern die Vereine im Bereich Sport und Kultur, die sich der jungen Menschen angenommen haben. „Das halte ich für politisches Versagen. Nicht Politiker haben die Integration gefördert, sondern die Ehrenamtlichen und die Mitarbeitenden der Einrichtungen.“ In der Rückschau kann auf erfolgreiche Zahlen verwiesen werden: Zwei Drittel der umF haben **erfolgreich einen Schulabschluss** gemacht, vom Mittelschulabschluss bis zum Fachabitur und anschließendem Studium war alles dabei. Zehn Prozent konnte man ohne Schulabschluss auf dem Arbeitsmarkt vermitteln, weitere zehn Prozent hätten noch mehr Nachbetreuung nötig gehabt und natürlich hätte es auch ein paar Abbrüche gegeben. Aber für die Gesellschaft habe sich die Investition **auf jeden Fall gelohnt**.

Bei den Erinnerungen, die bleiben, gibt es schöne, wie die Familienzusammenführung eines Jungen, der auf der Flucht von seinen Eltern getrennt wurden und die diesen schließlich in der Süddeutschen Zeitung entdeckten, aber auch traurige Momente: „**Zeuge einer Abschiebung** zu werden hat mich sehr geprägt. Mitzuerleben, welche Beziehungsabbrüche dort passieren, welche emotionalen Traumata dort ablaufen, ist schwer zu beschreiben“, sagte Erbertseder.

Aktuell beschäftigen sich die Einrichtungen nun vermehrt mit den begleiteten Kindern und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften. „Die Kinder dort sind teilweise traumatisierter als die, die 2015 zu uns kamen. Sie sind völlig entwurzelt, leben in **desolaten Zuständen**, sind Missbrauch und Übergriffen ausgesetzt. Das ist **hochdramatisch**“, betonte Hollstein zum Schluss. Die Versorgung dieser Kinder fängt gerade erst an.

„Unsere Arbeit macht Sinn, wenn man dafür die Ressourcen in die Hand nimmt.“

Interview mit Johanna Anthofer, Abteilungsleitung im BBW Abensberg, Lorenz Dineiger, Bereichsleiter St. Vincent
Das Interview wurde im Juni 2019 geführt.



Johanna Anthofer (li), Lorenz Dineiger (re.)

Johanna Anthofer, Abteilungsleitung im BBW Abensberg u.a. für die unbegleiteten jungen Geflüchteten seit 2015, und Lorenz Dineiger, Bereichsleiter in St. Vincent seit 2014, haben die Arbeit mit dieser Zielgruppe von Beginn der Hochphase miterlebt. Im Interview haben sie von einem großen Zusammenhalt, vielen Lernerfahrungen und auch von frustrierenden Momenten erzählt.

Wenn Sie sich zurück in die Zeit um 2014/2015 versetzen, was kommt ihnen dann in den Sinn?

Johanna Anthofer: Zu dem Zeitpunkt bin ich mit meiner neuen Rolle gestartet und das war am Anfang schon sehr heftig. Es war auch sehr beeindruckend, weil viel zu organisieren war und viele Einrichtungen an ihre Grenzen gekommen sind. Wo ist noch Platz? Wo kann man noch jemanden aufnehmen? Wo stellen wir noch Betten rein?

Lorenz Dineiger: Wir haben 2015 eine Inobhutnahmestelle für junge Flüchtlinge aufgemacht und ich habe die als Gruppenleiter damals mit aufgebaut. Davor hatten wir wenig Ahnung, wie man mit den Menschen umgehen soll, die da zu uns kommen. Wir hatten vorher schon auch Jugendliche aus Afrika, aber nicht so eng betreut und nicht so viele. Wir waren tatsächlich unsicher: Wie macht man es richtig? Wie spricht man mit den Jugendlichen? Was brauchen sie?

Kam hier auch schnell der Punkt der Überforderung? Wie war der Zusammenhalt der Einrichtungen?

Dineiger: Es haben sich viele Arbeitskreise gebildet, die es immer noch in der Oberpfalz gibt, in denen verschiedene Akteure zusammenkommen und sich austauschen. Da gab es auch viel Vernetzung und Flüchtlingsinitiativen und überall ist etwas aus dem Boden geschossen und man hat auch viel mit Ehrenamtlichen und mit Spendern zusammengearbeitet.

Anthofer: Ich finde, im Rückblick auf die Hochphase ist es beeindruckend, was das St. Vincent, das BBW Abensberg, aber auch die anderen Einrichtungen in dieser Zeit geschafft haben, aber auch wenn man auf die KJF schaut. „Wir schaffen das“ ist zwar mittlerweile etwas ausgelutscht, aber in der Zeit war dies das Motto und jeder hat die Hemdsärmel aufgekrempt und geschaut, dass er es hinbekommt. Das finde ich beeindruckend. Einige Mitarbeitende waren anfangs sehr motiviert und wollten in diesen Gruppen arbeiten. Aber dann haben sie auch gemerkt, dass das Zusammenleben in einer Wohngruppe mit ganz vielen Jungs, also nur Jungs, doch anstrengend ist und es genauso Konflikte gibt. Eben nicht nach dem Motto: „Ach die wollen nur Hilfe und alles ist super easy und die sind total glücklich“. Da gibt es genauso Probleme und wenn auch nur, weil jemand den Putzdienst nicht gemacht hat. Ich habe dann schon gemerkt, dass viele Mitarbeitende schnell gefrustet waren, weil sie dachten, dass es ganz anders wäre als das sonstige stationäre Arbeiten.

Wie war die Zusammenarbeit mit den Behörden?

Dineiger: Das war tatsächlich schwierig, vor allem durch die Umschwünge in der Politik. Wir hatten mit der Clearingstelle zu Beginn ein gut funktionierendes System installiert, das dann letztendlich umgestellt werden musste auf ein anderes Prinzip. Das Agieren der Ausländerbehörde war für uns nicht immer nachvollziehbar und auch nicht für die Gruppen oder die Jugendlichen. Da entsteht dann

Frustration, wenn die Jugendlichen das Gefühl haben sie waren zwar willkommen von der großen Politik, aber im Kleinen mit den Behörden dauerte alles sehr lange. Zwischen dem, was gesagt wurde, und was dann im Alltag ausagiert wurde, klappte es doch oft sehr auseinander.

Anthofer: In der Anfangszeit war schon viel Chaos, vor allem was Informationen anging. Als dann die Clearingeinrichtungen da waren, hat es sich gut beruhigt, weil der Auftrag von uns in den jeweiligen Einrichtungen war: „Schaut euch die Jungs an, klärt es auch medizinisch ab“. Wir haben Berichte geschrieben und die nachfolgenden Einrichtungen haben eine gute Arbeit gemacht, da wusste man was mit ihnen los war und was sie brauchen. Als das dann wieder umgestellt worden ist, ist das Chaos leider wieder losgegangen, da haben auch wir wieder Jugendliche bekommen, bei denen wir nichts wussten. Das macht einen manchmal schon unsicher, wenn man gar nicht weiß: Wo kommt jemand her? Ist medizinisch alles in Ordnung? Wenn dann mal der Verdacht auf offene TBC aufkommt, kommt man schon ins Schwitzen. Da schluckt man als Einrichtung, weil man ja die Verantwortung für noch ganz viele andere Kinder und Jugendliche hat.

Was nehmen sie aus den letzten fünf Jahren mit?

Dineiger: Das ist nicht so ganz einfach zu beantworten. Ich habe in dieser Zeit viele tolle Eindrücke bekommen und viele interessante Menschen kennen gelernt, wie Yusuf und viele andere. Manche nur kurz, andere treffe ich immer noch in der Stadt und freue mich darüber. Ich habe oft erlebt, dass unsere Arbeit einen Effekt hat, wenn ich dann junge Menschen sehe, die eine Ausbildungsstelle und eine eigene Wohnung gefunden haben. Ich bin vielleicht etwas offener geworden anderen Kulturen gegenüber. Die Einrichtung hat mitgenommen, wie schnell man sich entwickeln kann. So eine Jugendhilfeeinrichtung hat manchmal schon etwas Behäbiges. Dass man in zwei Jahren einen ganzen Bereich aus dem Boden stampfen kann - mit Reibungsverlusten - aber es geht.

Anthofer: Für mich war eine gute Erkenntnis, dass wir am Ende des Tages alle Menschen sind, egal aus welchem Land wir kommen. Das muss einem immer wieder bewusst sein, dass es egal ist, ob jemand aus Ghana, Somalia, Afghanistan oder aus Deutschland kommt – wir haben alle unsere gleichen Ziele. Jeder will sich ein gutes Leben aufbauen. Dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, war unser Auftrag und das haben wir mit dem, was wir machen können, gut gemeistert. In der Rückschau bewerte ich das für mich sehr positiv, trotz der Stressmomente und den Augenblicken, wo man sich gefragt hat, was man da eigentlich macht.

Wie ist die Situation für die über 18-jährigen in Regensburg?

Anthofer: Das ist sehr abhängig von den zuständigen Jugendämtern und wir haben das Glück, dass unseres sehr kulant ist und auch über das 18. Lebensjahr hinaus Hilfen für junge Volljährige gewährt. Es gibt aber durchaus Jugendämter, die Hilfen mit der Volljährigkeit knallhart beenden. Dass die Ämter so unterschiedlich entscheiden ist für die jungen Menschen sehr schwer nachvollziehbar. Warum z.B. der eine das bekommt und der andere nicht – wir können es dann auch nicht immer erklären.

Dineiger: Wir stellen schon einen Umschwung fest bei unseren Hauptbelegern, die früher großzügiger waren. Jetzt wird genauer hingeschaut, was ok ist, aber Hilfen werden viel früher beendet und auf günstigere Maßnahmen umgestellt. Das merkt man ganz klar. Betreutes Wohnen kostet nur die Hälfte von einer Wohngruppe. Die Wohngruppe braucht nicht jeder, aber für Viele ist es eine Hilfe, gerade wenn sie eine Ausbildung angefangen haben. Plötzlich darf man ihnen nur noch bei der Wohnungssuche helfen und dann wars das. Aber dann findet man vielleicht keine Wohnung, die Person hat einen Aufenthaltstitel und kann nicht in die GU, dann sind sie von Obdachlosigkeit bedroht. Es ist nicht sinnvoll, erst so viel in diese jungen Menschen zu investieren und ihnen dann den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Das kann dann nach hinten losgehen. Diese jungen Erwachsenen verschwinden dadurch ja nicht einfach, sondern bleiben alleine und frustriert zurück. Unsere Arbeit macht schon Sinn, wenn man jemanden wie Yusuf sieht, wenn man es vernünftig macht und die Ressourcen in die

Hand nimmt. Wenn man sich der Aufgabe stellt, den Menschen auch wirklich intensiv und mit Konzept durchdacht zu begleiten, dann kommt am Ende auch etwas raus für alle Beteiligten. Für ihn, den jungen Geflüchteten, aber tatsächlich auch für uns als Gesellschaft, denn wenn Leute arbeiten gehen, geben sie auch etwas zurück.

Anthofer: Auch im ländlichen Raum ist die Wohnungssuche schwierig und es scheitert oft an der Engstirnigkeit der Vermieter. Schwierig wird es dann auch, wenn sie noch in der Wohngruppe sind, keine Ausbildung oder Arbeit machen dürfen und man keine Ziele mehr mit Ihnen erarbeiten kann. Da kommen wir dann auch an unsere Grenzen, weil wir die Leute nicht mehr motivieren können in eine Richtung zu arbeiten.

Würden Sie mit dem Wissen von heute was anders machen?

Anthofer: Das Thema Geld ist ein riesen Thema. Wir haben sofort wahnsinnig große Diskussionen in den Gruppen gehabt, und da würde ich mehr auf Strenge pochen. Wie auch in den anderen Wohngruppen. Das ist eine Kleinigkeit, aber das hat die Arbeit sehr erschwert.

Dineiger: Wir haben es so gut gemacht wie es ging.

Anmerkung: Während des Interviews war auch Robert Gruber, Geschäftsführer der AGkE Regensburg anwesend. Er zeigte u.a. verschiedene Titelseiten von Zeitungen, die den Stimmungswandel in der Bevölkerung gegenüber der Flüchtlinge widerspiegelten. Waren es zunächst Schlagzeilen wie „*Willkommen in Deutschland*“ oder „*Wie können wir Flüchtlinge vor dem Ertrinken retten*“ oder auch „*Wie können wir Flüchtlinge integrieren und Schutz gewähren*“ so sind zwischenzeitlich vermehrt Aussagen „*Wie können wir Seenotrettung eindämmen*“ oder „*Wie können wir gesichert abschieben*“ oder gar „*Wie können wir uns vor Flüchtlingen schützen*“ zu vernehmen. Dadurch werde nach Jahren mühsamer Begleitung junger Menschen wieder Ungewissheit gefördert und Hoffnungslosigkeit produziert. Was aber heißt es für Pädagogen, wenn sie jungen Menschen keine Hoffnung auf einen guten Ausgang zusprechen können, in einer Gruppe zu arbeiten, in der täglich die Angst vor dem Brief der Anerkennungsbehörde regiert? „So wie es sich gelohnt hat, mutig zu sein und anzupacken als die jungen Menschen 2015 zu uns kamen, so muss es gerade auch jetzt noch intensive Anstrengungen geben, dass diese Bemühungen der vergangenen Jahre in gute Perspektiven übergeführt werden. Dafür müssen wir uns weiterhin einsetzen in Politik und Gesellschaft“, sagte Gruber.

„Man muss sich fragen, was sich bewährt hat“

Interview mit Erwin Lehmann, Kreisgeschäftsführer der Caritaszentren Stadt und Landkreis Rosenheim, sowie Franz Schlund, Geschäftsführer der DiAG Kinder- und Jugendhilfe beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.

Das Interview wurde im Oktober 2019 geführt.



Erwin Lehmann (li), Franz Schlund(re.)

2015 haben sich, auch durch die spezielle Lage Rosenheims bei der zwei Flüchtlingsrouten – der Brenner und Salzburg – aufeinander-treffen, die Strukturen sehr verändert. Im Oktober 2019 sprachen Erwin Lehmann, Kreisgeschäftsführer der Caritaszentren Stadt und Landkreis Rosenheim, sowie Franz Schlund, Geschäftsführer der DiAG Kinder- und Jugendhilfe beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V., im Interview mit dem LVKE über rechtliche Hürden, Zuständigkeiten und Dorfgespräche.

Herr Lehmann, der Bereich Migration und Asylberatung, der vor allem für die Migrant*innen, die bereits in Deutschland leben, zuständig ist, wurde seit den 2000er Jahren sukzessive abgebaut und musste dann ab 2015 wieder aufgebaut werden. Durfte dieser Dienst überhaupt neu angekommene Geflüchtete beraten?

Erwin Lehmann: Zu dem Zeitpunkt bin ich mit meiner neuen Rolle gestartet und das war am Anfang schon sehr heftig. Es war auch sehr beeindruckend, weil viel zu organisieren war und viele Einrichtungen an ihre Grenzen gekommen sind. Wo ist noch Platz? Wo kann man noch jemanden aufnehmen? Wo stellen wir noch Betten rein? Grundsätzlich gibt es hier einen Unterschied zwischen Asylberatung und Migrationsberatung. Auf der bayerischen Ebene, also den Stellen, die über die Bayerische Integrationsrichtlinie gefördert werden, sind diese beiden Bereiche zusammengeführt worden, da es sonst immer das Problem gab: Wann hört der Flüchtlingsstatus auf und wann fängt der Migrationsstatus an? Wenn nun theoretisch ein Geflüchteter anerkannt ist, aber noch keine eigene Wohnung hat, daher in einer Unterkunft wohnt, dann dürfte die Asylsozialberatung nicht mehr beraten, weil die Migrationsberatung zuständig wäre, aber das funktioniert in der Praxis nicht. Diese Grenze wurde bei den landesgeförderten Stellen daher aufgehoben, aber es gibt noch bundesgeförderte Migrationsberatungsstellen, da existiert die Unterscheidung noch. Die Förderlogik dahinter ist einigermaßen kompliziert. Abgesehen davon, dass die Förderrichtlinien auch immer eine Teilfinanzierung vorsehen, und man immer schauen muss, wie man diese Stellen überhaupt finanzieren kann.

Welche Finanzierungsschwierigkeiten gab es in der Kinder- und Jugendhilfe?

Franz Schlund: In der Kinder- und Jugendhilfe gab es unter anderem die Schwierigkeit, wie man den Aufbau von Angeboten finanziert. Auch der Caritasverband hat diese Erfahrung mit fünf Einrichtungen gemacht, die aufgebaut wurden. Diese Aufbauarbeit ist aber nicht finanziert worden d.h. die musste man aus bestehenden Ressourcen irgendwie geschultert bekommen. Diese Aufbauphase wurde von Mitarbeitenden geleistet, die schon in anderen Bereichen bei uns im Verband beschäftigt waren und dafür abgestellt wurden bzw. das nebenbei gemacht haben. Die Finanzierung ist dann erst angelaufen, nachdem die Einrichtungen eine Betriebserlaubnis und Entgeltvereinbarungen abgeschlossen hatten. Der Vorlauf ging zu Lasten des Trägers. Nach wenigen Jahren Laufzeit wurden die Einrichtungen wieder geschlossen, weil dann kaum noch Geflüchtete nachkamen. So konnten die Investitionskosten nicht abgeschrieben werden und blieben bei den Trägern.

Welche Folgen hatte die Praxis der Inobhutnahmen, der Zuständigkeiten und der Umverteilung?

Lehmann: Als dieses Thema aktuell war, gab es auf der Bundesebene der Trägervertreter den Standpunkt, dass Inobhutnahme unmittelbar vor Ort, im Landkreis des Aufgriffes sofort passieren muss. Da steckte der Teufel im Detail, weil das bedeutet hat, dass in der Praxis nach der Inobhutnahme die Verteilung kam. Das hatte zur Folge, dass das örtliche Jugendamt zuständig wurde und blieb. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass Stadt und Landkreis Rosenheim eine wahnsinnig hohe Anzahl an täglichen Inobhutnahmen hatte. Der Personalaufbau in unserem Stadt- und Kreisjugendamt war immens und hat sich nach der Umverteilung nicht abgebaut. Gleichzeitig entstand in der stationären Jugendhilfe eine künstliche Blase, da in der Region viele neue Einrichtungen entstanden sind, was Konsequenzen für die Zukunft hatte. Die originäre Jugendhilfe hat darunter ein ganzes Stück gelitten. Einfach durch diese Krisensituation.

Schlund: Die Veränderung, die von einigen angestrebt wurde, u.a. von der bayerischen Landesregierung, ist auf Widerstand gestoßen, auch in manchen Caritasverbänden. Aber ohne eine Weiterverteilung wäre das System kollabiert. Teilweise kamen innerhalb einer Woche 200 bis 300 Jugendliche an, 20 bis 30 an einem Tag. Da gab es keine Chance, sie irgendwie vor Ort unterzubringen.

Wie kann man hier für eine bessere Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften sorgen?

Lehmann: Im Landkreis Rosenheim gibt es z.B. eine Unterkunft, in der aufgrund der baulichen Situation viele Familien und alleinstehende Erziehungsberechtigte mit Kindern untergebracht sind. Als es hier viele Problemmeldungen gab, ist das Jugendamt darauf aufmerksam geworden und hat dann gezielt für diese Unterkunft eine Jugendhilfemaßnahme eingesetzt. Diese aber nicht im klassischen Sinn als z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe, sondern in die örtlichen Strukturen eingefügt. Man hat gesehen, dass es wichtig ist, dass Jemand vor Ort präsent ist. Ähnlich wie sozialpädagogischen Familienhilfe, nur in den konkreten Strukturen vor Ort, unter Einbeziehung der Nachbarschaft, der Ehrenamtlichen usw. Also eine Hilfeform mit sozialraumorientiertem Ansatz, aber als Jugendhilfeleistung. Wahrscheinlich würde das nicht jedes Jugendamt so machen, weil es dafür keine explizite Leistungskategorie gibt.

Wie ist die Situation der umF nach dem Erreichen der Volljährigkeit?

Lehmann: Das "Danach" war anfangs überhaupt nicht im Blick. Es gab negative Entwicklungen, wenn ein Jugendlicher aus einer Jugendhilfeeinrichtung raus musste und nicht wusste wohin – notfalls in eine Gemeinschaftsunterkunft. Die Konfliktsituation war von Anfang an: Auf der Landkreisebene ist der Landkreis Ausführungsbehörde der Regierung von Oberbayern, gleichzeitig aber auch der Vertreter der Kommunen, auf der politischen Ebene. Das stellt ein Spannungsfeld dar. Die dezentralen Unterkünfte entstanden im Auftrag der Regierung von Oberbayern. Die große Befürchtung der Kommunen war, für diese Unterkünfte bzw. den Menschen die dort leben zuständig zu werden. Die Gemeinden befürchteten, dass sie, sobald ein Geflüchteter anerkannt ist und aus der GU raus muss, sich um diese "wohnungslose" Person zu kümmern haben. Dieser Zuständigkeitswechsel ist nicht richtig geregelt.

Der Übergang von der Jugendhilfe zu Hilfen im Erwachsenenalter sind aber grundsätzlich ein Problem: Diese Systemgrenzen sind sehr tief, weil jeweils ganz andere Denkweisen dahinterstecken. In der Jugendhilfe z.B. gilt eine psychiatrische Diagnose eher als eine Stigmatisierung, in der Erwachsenenhilfe gilt sie als Eintrittskarte für einen Hilfeanspruch. Beim Übergang in die Erwachsenenhilfe geht oftmals vieles an positiver Entwicklung, die in der Jugendhilfe erreicht wurde, verloren, weil es keine nahtlose Anschlusshilfe gibt. In der Jugendhilfe für Geflüchtete z.B. wird geschaut, dass die Personen

in Ausbildung und Arbeit kommen. In den Unterkünften für erwachsene Geflüchtete wiederum hat man das Gefühl, dass alles darangelegt wird, dass die Person nicht arbeiten darf. Weil man auf politischer Ebene Angst vor den Pull-Effekten hat durch die vielleicht noch mehr Geflüchtete kommen könnten. Dabei ist die entscheidende Frage: Was schadet es denn, wenn jemand arbeitet? Da gibt es allenfalls Einzelentscheidungen aber keinen politischen Willen, es im größeren Stil anders zu regeln.

Was würden Sie heute besser machen? Was nehmen Sie an guten Erfahrungen mit?

Lehmann: Man muss sich fragen, was sich bewährt hat, damit Integration gelingt. Eine Maßnahme wäre z.B. ein Rechtsbeistand von Anfang an, um die Verfahren zu beschleunigen. Das ist in der Schweiz und in den Niederlanden üblich und für alle sinnvoll. Alle würden gewinnen, wenn es so etwas gäbe, aber dazu braucht es einen politischen Willen. Wenn eine Entscheidung über ein Bleiberecht zeitnah getroffen würde, wäre es einfacher, diejenigen zu integrieren, die ein Bleiberecht haben. Integration geht dezentral wesentlich besser als mit zentraler Unterbringung, auch wenn es dann einzelne Probleme in Gemeinden gibt. Doch auch sie können davon profitieren, weil durch die Thematik Dynamiken entstehen, von denen das ganze Gemeinwesen profitiert: Es gibt beispielsweise Gemeinden, die die Situation zum Anlass nahmen einen Prozess, den sogenannten "Dorfgesprächen" zu starten, das hat in diesen Gemeinden einen enormen Anklang gefunden. Der Prozess wird von Protagonisten vor Ort, am besten auch Politiker*innen, getragen, die dann von unseren Ehrenamtskoordinatoren begleitet werden und sich mit aktuellen Themen des Zusammenlebens in der Gemeinde beschäftigen. Die Initialzündung für diese Prozesse stellt das "Problem" mit geflüchteten Menschen dar, das ist aber in der Durchführung der Dorfgespräche inzwischen nur ein Thema von vielen Themen des Zusammenlebens, die besprochen werden. Das ist eine Form der Aktivierung der Bürgerschaft, um das Zusammenleben und die Dorflandschaft zu gestalten. Die Methode stammt aus einem Projekt, in dem wir unsere Mitarbeiter geschult haben. Und die örtlichen Protagonisten, fragen uns an, weil sie von dem Prozess in einem anderen Dorf erfahren haben. So ist dieses Netzwerk entstanden.

Unbegleitete (minderjährige) Flüchtlinge in der bayerischen Kinder- und Jugendhilfe – Clearing und Folgeunterbringung 2017 ff.*

Michael Eibl (Vorsitzender LVkE), Petra Rummel (Geschäftsführung LVkE)

Axel Möller (Vorsitzender KJS Bayern), Michael Kroll (Geschäftsführung KJS Bayern)



In den vergangenen Jahren ist es der Verantwortungsgemeinschaft der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe gelungen, die außerordentlichen Herausforderungen, die durch die notwendige Unterbringung, Versorgung und Betreuung der in großer Zahl ins Land gekommenen jungen Flüchtlinge entstanden, zu bewältigen. Der Prozess der Unterbringung verlief in Wellenbewegungen; aktuell besteht die Notwendigkeit, die geschaffene Infrastruktur auf der Basis von Praxiserfahrungen und unter Berücksichtigung politischer Debatten weiter- zuentwickeln. Ein qualifiziertes Verfahren für das Clearing der jungen Menschen und die bedarfsgerechte Nutzung der Möglichkeiten der Folgeunterbringung sind hierbei elementare Bestandteile.

Die Systematik des Kinder- und Jugendhilferechts bildet die geeignete rechtliche Grundlage für das Clearing und die weitere Unterbringung und Betreuung der jungen Flüchtlinge; das SGB VIII bietet ausreichend differenzierte Möglichkeiten, um in den Kommunen individuelle Indikationen – also Ressourcen, Risiken und Bedarfe – festzustellen und davon ausgehend bedarfsgerechte nachfolgende Angebote bzw. Maßnahmen zu vereinbaren.

Clearing und Folgeunterbringung – zentrale Anliegen

Fachlich hochwertige Angebote im Rahmen eines gut und qualifiziert durchgeführten Clearings, eine adäquate Indikation und damit verbundene sozialpädagogische Maßnahmen sind wesentliche Voraussetzungen für gelingende Hilfen. Dies bedeutet in der Konsequenz auch, dass sich die Folgekosten mittel- und langfristig reduzieren, wenn die Kostenträger kurzfristig höhere Investitionen für qualifiziertes Clearing in Kauf nehmen.

Alle, die am Prozess der Unterbringung und Betreuung der jungen Flüchtlinge beteiligt sind, profitieren von einer Umsetzung der folgenden, aufeinander aufbauenden, im Anhang schematisch dargestellten Vorschläge:

1. Das Modell der zentralen Inobhutnahmestellen in Verbindung mit einem qualifizierten Clearing in der Form, wie es im Papier „Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahme-Einrichtungen für 16- bis 17-jährige unbegleitete Minderjährige an zentralen Standorten in Bayern“ des bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums vom 3. Dezember 2014¹ beschrieben ist, hatte sich in Bayern bewährt und ist lediglich aufgrund der unerwartet hohen Zahl der zugewanderten Flüchtlinge an die Grenzen seiner Belastbarkeit gekommen. Diese zentralen Inobhutnahmestellen können sinnvollerweise als **zentrale Clearingstellen** ihre Arbeit weiterführen, da sie ein in der Praxis bewährtes, zügig wieder aufzubauendes und pädagogisch wie finanziell effizientes Instrument sind. Im Sinne der Subsidiarität ist es naheliegend, dabei auf die bewährten Träger, ihre Netzwerke und Expertise zurückzugreifen.
2. Ein in diesen zentralen Clearingstellen bzw. in einer geeigneten Einrichtung der Erziehungshilfen durchgeführtes **qualifiziertes Clearingverfahren** mit entsprechendem Fachpersonal und passender Grundausstattung in einem zeitlich überschaubaren Rahmen bietet die beste Voraussetzung für gelingende Hilfen. Hierfür existieren in Bayern Instrumente wie die Sozialpädagogischen Diagnostiktabellen², die einen Ansatzpunkt für eine einheitliche systematisierte Diagnostik darstellen. Hierdurch

* Dieses Konzept ist in Zusammenarbeit mit der KJS Bayern und dem LVkE 2017 entstanden. In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert und weiterentwickelt. Das Papier ist aber ein wichtiges Papier für die damalige Ist-Situation und ein Beispiel für die übergreifende Zusammenarbeit.

kann die Zuweisungsqualität durch das jeweilige Jugendamt verbessert, können sogenannte Jugendhilfekarrieren reduziert und unnötige Folgekosten durch Maßnahmewechsel oder -abbruch verhindert werden³.

3. Die **finanziellen Aufwendungen** für das Clearingverfahren sind anhand verbindlicher Leistungsbeschreibungen und durch die Festlegung von Kennzahlen (personelle und räumliche Ausstattung etc.) gut zu erfassen und zu steuern. Eine Evaluation des Clearingverfahrens sollte angestrebt werden, um eine Einschätzung der Effektivität, insbesondere der Passgenauigkeit der Hilfen, zu ermöglichen³.
4. Die Erstellung des **individuellen Hilfeplans** nach § 36 SGB VIII⁴ liegt in der Steuerungsverantwortung des Jugendamtes. Die Ergebnisse des Clearingverfahrens ermöglichen dem Jugendamt für jeden einzelnen jungen Menschen die Festlegung der geeigneten Folgemaßnahme. Das Hilfeplanverfahren begleitet die Phase der Folgeunterbringung, um hier bei veränderten Bedarfen jederzeit notwendige Modifikationen vornehmen zu können. Beim Übergang in die Volljährigkeit stellt der Hilfeplanprozess sicher, dass dem jungen volljährigen Geflüchteten bei festgestelltem Bedarf die notwendige erzieherische Hilfe nach § 41 SGB VIII oder ein sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Abs. 3 SGB VIII gewährt wird.
5. Diese **Folgemaßnahmen und -betreuungen** für jeden einzelnen jungen Menschen (umF und junge Volljährige) müssen am individuellen Bedarf orientiert angeboten werden. Hierfür steht die gesamte Palette der Angebote der Jugendhilfe – die Hilfen zur Erziehung in ambulanter und stationärer Form und das Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit mit den je unterschiedlichen Spezifika – zur Verfügung.
6. Für junge Volljährige kann auch eine **Unterbringung außerhalb des Jugendhilfesystems** ggf. sachgerecht sein.

Inobhutnahme und Clearing

Die vorläufige Inobhutnahme und das sechs- bis achtwöchige Clearing in einer geeigneten Einrichtung sind im erwähnten Papier des StMAS¹ kompakt beschrieben.

Wichtige Bestandteile des sechs- bis maximal achtwöchigen Clearingverfahrens sind beispielsweise: Klärungen zum gesundheitlichen, psychischen und geistigen Zustand des jungen Menschen, insbesondere zu möglichen traumatischen Belastungen. / Klärung zum Sozialverhalten und zu möglichen Verhaltensauffälligkeiten. / Klärung zum familiären und soziokulturellen Hintergrund. / Klärung der sprachlichen Ausgangssituation sowie lebenspraktischer Kenntnisse. / Klärung der schulischen/beruflichen Ausgangssituation, von Fähigkeiten und Ressourcen sowie allgemeiner Einschätzung des Lern- und Leistungsverhaltens. / Vermittlung erster Kenntnisse im Bezug auf das Werte- und Normensystems in Deutschland. / Ersteinschätzung des Folgebedarfes nach Aufenthalt in der Clearingstelle und Erstellung einer Empfehlung zur weiteren Unterbringungsperspektive⁵.

Neben der Anbahnung und Durchführung des Hilfeplanverfahrens geht es im Clearing im Zusammenwirken mit dem Jugendamt, dem Vormund und weiteren Behörden darüber hinaus um die Klärung von ausländerrechtlichen Statusfragen und ggfs. um die Begleitung des Asylverfahrens. Die Gestaltung von Schnittstellen und Arbeitsbezügen, beispielsweise zum Jugendmigrationsdienst und zur Asylsozialberatung, ist hilfreich für ein gelungenes Clearing.

Die Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung bieten für die Beauftragung als zentrale Clearingstellen bzw. die Durchführung des beschriebenen Clearingverfahrens im Auftrag und unter Steuerungsverantwortung des Jugendamtes hervorragende Voraussetzungen, da hier entsprechende Fachkräfte und ein ausgebautes Netzwerk im Sozial- und Gesundheitssystem vorhanden sind. Zudem bestehen in vielen Einrichtungen bereits mehrjährige Erfahrungen im Bereich der Arbeit mit jungen Flüchtlingen⁶. Die Fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung⁴ geben vielfältige Hinweise beispielsweise zu personellen, räumlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die für die Aufgabenerfüllung elementar sind.

Folgeunterbringung

Das SGB VIII hält ein breites Spektrum möglicher Maßnahmen mit differenzierten Zielen der Betreuung und Begleitung vor.

Die Maßnahmen der erzieherischen Hilfen nach § 27 ff. haben neben dem Auftrag zur Integration und Verselbständigung den Schwerpunkt der Stabilisierung und Förderung der jeweiligen Persönlichkeitsstruktur, damit sowohl eine schulische bzw. berufliche Integration als auch eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe als gemeinschaftsfähige Persönlichkeit ermöglicht wird.

Das Jugendwohnen im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach § 13 Abs. 3 SGB VIII setzt ausreichend vorhandene persönliche Ressourcen voraus. Die schulische und berufliche Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt und eine nachhaltige soziale Integration werden im Jugendwohnen bedarfsgerecht und zielgerichtet begleitet.

Die individuell geeigneten Anschlussmaßnahmen nach dem Clearing wird durch das steuerungsverantwortliche Jugendamt im Rahmen des Hilfeplanverfahrens festgelegt. Hierfür steht die gesamte Palette der Angebote der ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung und des Jugendwohnens (Anhang) sowie unterstützend der weiteren Leistungen der Jugendsozialarbeit zur Verfügung.

Bei jungen Volljährigen kann daneben auch eine Unterbringung außerhalb des Jugendhilfesystems ggf. sachgerecht sein.

Abschluss

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet einen unerlässlichen Beitrag, um die Integration und Lebensperspektive von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sicherzustellen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und ein friedliches, sicheres Zusammenleben zu gewährleisten.

Das beschriebene Clearingkonzept, eingebunden in ein von den Jugendämtern gesteuertes, bedarfsorientiertes Hilfeplanverfahren, ermöglicht einen nachhaltigen Mitteleinsatz, das dem gemeinsamen Interesse der Träger der öffentlichen wie der freien Jugendhilfe nach einer effizienten und kostenbewussten Ausgestaltung der Jugendhilfeangebote entspricht. Eine Umsetzung dieses Konzepts wird die Verringerung von Folgekosten sowie späterer volkswirtschaftlich wirksamer Gesamtkosten zur Folge haben. Eine gelungene Integration in Deutschland oder Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer stellt in diesem Sinne einen volkswirtschaftlichen Gewinn dar.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in Land und Kommunen sowie auf Bundesebene, im Sinne einer wohlverstandenen Subsidiarität gemeinsam mit den Trägern, die die Angebote der erzieherischen Hilfen und der Jugendsozialarbeit durchführen, realistische, tragfähige, finanzierbare und zukunftsweisende Modelle zu entwickeln und umzusetzen.

München, den 24. März 2017

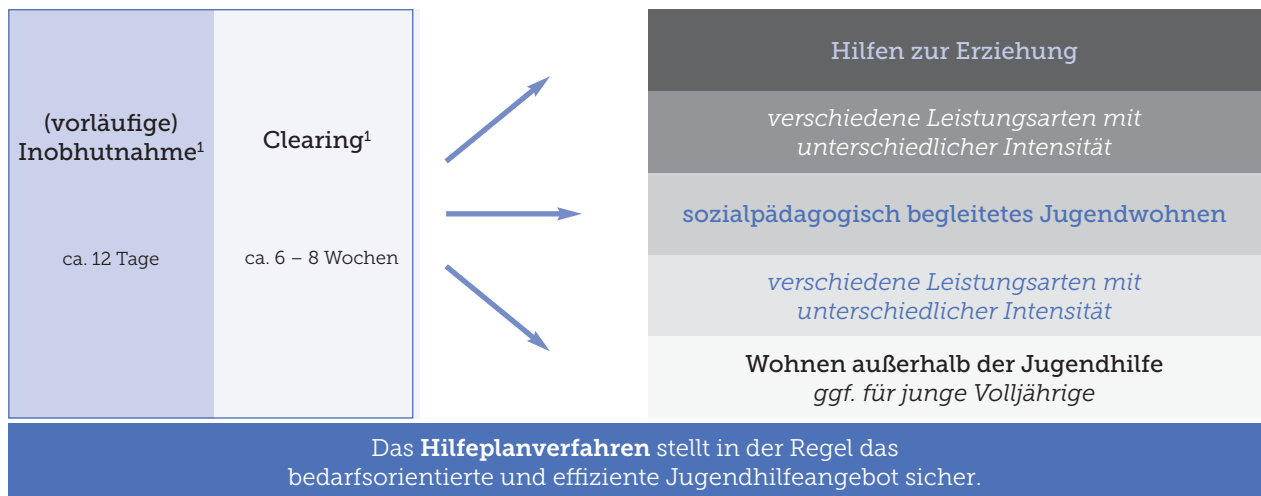
*Michael Eibl und Petra Rummel
Vorsitzender und Geschäftsführung LVkE*

*Axel Möller und Michael Kroll
Vorsitzender und Geschäftsführung KJS Bayern*

Nachfolgend:

- Schematische Darstellung
- Übersicht über die Folgeunterbringung
- Endnoten

Schematische Darstellung



Übersicht über die Folgeunterbringung

Auflistung und Kurzbeschreibung der breiten, gleichberechtigten und nicht abschließend dargestellten Angebotspalette der Folgeunterbringung in absteigender Intensität der sozialpädagogischen Unterstützung:

Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII – therapeutische Gruppe⁴

Eine therapeutische Gruppe bietet vor allem Kindern und Jugendlichen mit massiven, dissozialen Verhaltensauffälligkeiten und/oder psychischen, traumatisierten Störungen sowie drohender seelischer Behinderung die Möglichkeit, durch spezifische Begleitung und Persönlichkeitsentwicklung realistische Alltagskompetenzen zu entfalten.

Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII – heilpädagogische Gruppe⁴

Die heilpädagogische Gruppe ist ein Betreuungsangebot, das sich an Kinder und Jugendliche, die durch konstitutionelle und/oder soziale Defizite sowie Belastungsstörungen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung erheblich beeinträchtigt sind, richtet. Dieses Angebot bietet einen strukturierten, geschützten Rahmen, um Alltagsperspektiven zu entwickeln.

Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII – sozialpädagogische Gruppe⁴

Zielgruppe der sozialpädagogischen Gruppe im Rahmen der stationären Einrichtung sind junge Menschen, bei denen milieubedingte Entwicklungsdefizite oder Verhaltensauffälligkeiten vorliegen. Schwerpunkt der Erziehungshilfen ist hier die Verbindung von Alltagserleben mit entwicklungsförderlichen pädagogischen Angeboten.

Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII – Außenwohngruppe⁴

Die pädagogische Arbeit der Außenwohngruppe fokussiert sich auf die Vorbereitung der jungen Menschen auf ein selbständiges Leben und auf ihre soziale Einbindung in das jeweilige Lebensumfeld.

Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII – weitere Angebotsformen⁴

Die sonstigen betreuten Wohnformen sind üblicherweise ein Verselbständigungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von i. d. R. 17 bis 21 Jahren, die bereits Alltagskompetenzen zur eigenständigen Lebensführung mitbringen. Ziel der Betreuung ist die weitere Verselbständigung der jungen Menschen in allen Lebensbereichen.

Jugendwohnen nach § 13 Abs. 3 in Verbindung mit erzieherischen Hilfen nach § 34 SGB VIII bzw. mit Benachteiligungsausgleich nach § 13 Abs. 1 SGB VIII⁷

Sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen unterstützt eine schulische oder berufliche Ausbildung. Im Rahmen dessen können individuelle erzieherische Hilfen (i. d. R. im Rahmen von zusätzlich vereinbarten Fachleistungsstunden) oder – für junge Menschen mit sozialer Benachteiligung bzw. individueller Beeinträchtigung – im Rahmen der Jugendsozialarbeit Gruppenangebote oder Fachleistungsstunden erbracht werden.

Jugendwohnen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII⁷

Sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen im Jugendwohnheim ermöglicht eine schulische oder berufliche Ausbildung durch Angebote zur Alltagsunterstützung und Freizeitgestaltung. Üblicher Personalschlüssel: 1:40.

Jugendwohnen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII –

Außenwohngruppe und Begleitung des Einzelwohnens

Sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen in einer Außenwohngruppe unterstützt eine schulische oder berufliche Ausbildung durch Angebote zur Verselbständigung, Alltagsunterstützung und Freizeitgestaltung. Individuelles Wohnen bzw. solches in einer Wohngemeinschaft kann daneben durch das Jugendwohnen ambulant begleitet werden.

Einzelwohnen bzw. Gemeinschaftsunterkunft ohne Jugendhilfeleistungen

Für Volljährige ohne Jugendhilfebedarf.

Endnoten

- ¹ Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahme-Einrichtungen...: https://www.caritas-bayern.de/cms/contents/caritas-bayern.de/medien/dokumente/junge-fluechtlinge/konzeptionelle-eckpu/konzeptionelle_eckpunkte.pdf
- ² Britze, H.; Dittmann, A.; Hillmeier, H.; Huber, G. (2013): Sozialpädagogische Diagnostik und Hilfeplan, München: ZFBS-BLJA.
- ³ Macsenaere, M.; Esser, K. (2015): Was wirkt in der Erziehungshilfe? Wirkfaktoren in Heimerziehung und anderen Hilfearten (2. aktualisierte Auflage), München: Reinhardt.
- ⁴ Fachliche Empfehlungen zur Heimerziehung: http://www.bjla.bayern.de/imperia/md/content/blvf/bayerlandesjugendamt/schriften/fachliche_empfehlungen_2014_34.pdf
- ⁵ Das qualifizierte Clearing ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Jugendhilfeangebote für umF: Wird es durchgeführt, so wird in der Folge eine hohe Effektivität erreicht (signifikanter Aufbau von Ressourcen und Abbau von Defiziten). Wird es nicht durchgeführt, werden negative Effekte bzw. Veränderungen erreicht. Literatur: Macsenaere, M.; Hermann, T.; Hiller, S. (2017): umF in der Jugendhilfe: Wirkungen und deren Hintergründe. Freiburg: Lambertus (in Druck).
- ⁶ Jugendhilfe erreicht bei umF merkliche positive Effekte. Dieses gute Niveau wird in der Arbeit mit jungen Volljährigen nochmals erheblich übertroffen. Quelle: vgl. Endnote 5.
- ⁷ Orientierungswerte für das Jugendwohnen: https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inet/uma/3.7.8_orientierungsrahmen_schuelerjugendwohnheime-erweiterungszielgruppeuma.pdf

Verabschiedung ausgeschiedener Gremienmitglieder und Mitarbeiter*innen des LVkE

Michael Hahn

Nach 13 Jahren als Leiter KJF Kinder- und Jugendhilfe Wittelsbacher Land, geht Michael Hahn Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand. In seinem Arbeitsleben hat er sich auch immer fachlich und verbandlich stark engagiert, ob im Fachausschuss des BVkE, als Vorstand in der agke Augsburg oder – seit gut 20 Jahren – im Fachforum Inklusive Tagesbetreuung des LVkE. Dabei hat seine Initiative nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass man sich des Themas Ganztagsbetreuung geöffnet hat. In dieser Zeit hat er viel mitgenommen, von wunderbaren Begegnungen mit Menschen aller Couleur, dem Aufbau von Freundschaften und herrliche Exkursionen mit Erweiterung des fachlichen Horizontes. Wichtig ist ihm, aufmerksam zu bleiben für die Neuerungen der Zukunft – wie die Aktualisierung des SGB VIII und die „große Lösung“ – und auch die Nachwuchskräfte für die Arbeit in Gremien und Lobbyarbeit zu motivieren.

Gabriele Ranz

Gabriele Ranz verabschiedet sich im September 2020 nach fast fünf Jahren als Geschäftsführung der AGkE Augsburg, um sich nochmal einem ganz anderen Fachbereich, der Rechtslehre, zu widmen. Während ihrer Geschäftsführungszeit war sie ein geschätztes Mitglied des Ständigen Fachausschusses des LVkE. Sie habe sich in dieser Zeit nicht nur beruflich, sondern auch persönlich weiterentwickelt. Gerade der umfassende Kontakt mit Fachkollegen, aber auch mit Vertreter*innen anderer Professionen, haben zu einem anderen Blickwinkel auf die Kinder- und Jugendhilfe beigetragen. Sie hatte die Gelegenheit sich in bereichsübergreifende Wissensinhalte einzuarbeiten und das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe kennen zu lernen. Am wertvollsten war für sie die verbandlichen Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen und auf Landes- und Bundesebene. Diese engagierten Menschen, die sich mit aller Kraft für die Belange der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen einsetzten, dieses "Herzblut", das dahinterstehe, habe sie motiviert und inspiriert.

Stephan Dauer

Knapp 29 Jahre war Stephan Dauer im Salberghaus in Putzbrunn in leitender Funktion tätig, von 1991 bis 2014 als Pädagogischer Leiter und seit 2014 als Gesamtleiter – mit seiner Verabschiedung Ende Juli 2020 geht auch hier in gewisser Weise eine Ära zu Ende.

Im Vorstand des LVKE war er zwei Jahren tätig, das Fachforum Stationäre Einrichtungen unterstützte er seit acht Jahren mit seiner Expertise im Bereich Frühkindliche Hilfen. Die Einflussnahme des Verbands auf politischer Ebene hat sich seiner Ansicht nach in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Die Zusammenarbeit auf LVKE Ebene hat er stets als unterstützend, konstruktiv und bereichernd erlebt, die von intensiver Zusammenarbeit geprägt war. Gerade die persönlichen Beziehungen, die in dieser Zeit aufgebaut wurden, wird er vermissen.

Verstorbene Weggefährt*innen- die Erinnerung bleibt

Josef Menges

Josef Menges, Dipl. Pädagoge war von 1985 bis 2000 Geschäftsführer der damals noch so betitelten AGH Regensburg (Arbeitsgemeinschaft kath. Einrichtungen der Heim- und Heilpädagogik) und damit 15 Jahre Mitglied im Ständigen Fachausschuss des LVkE. Er war nicht nur ein exzellenter Fachmann im Bereich der Jugendhilfe, sondern auch im Bereich der Behindertenhilfe. Seine beruflichen Erfahrungen in einem Jugendhilfezentrum, in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung, als Dozent an der Fachakademie für Heilpädagogik oder auch als Leiter einer Frühförderstelle kamen ihm dabei zugute. Aus heutiger Sicht würde man sagen, er brachte beste Voraussetzungen für die Beratung von Einrichtungen mit, die mit der SGB VIII-Reform am Puls der Zeit und am Boden der Realität sein möchten. Legendär waren die von ihm organisierten AGH-Kinderfeste der diözesanen Einrichtungen sowie seine Studienfahrten zu pädagogischen Institutionen in Deutschland, Österreich und in die Schweiz. Von jeher hat er damit einen Blick über den örtlichen Tellerrand hinaus ermöglicht.

Josef Menges verstarb nach längerer Krankheit, aber bis zuletzt geistig fit und an den Entwicklungen in den Einrichtungen interessiert, am 5.7.2020 im Alter von 73 Jahren.

Heinrich Mittermair

Nur wenige Tage vor seinem 65. Geburtstag ist Heinrich Mittermair am 28.05.2020 verstorben. 34 Jahre prägte er das Mehrgenerationenhaus St. Josefs-Heim München in treusorgender, vertrauensvoller Personalarbeit und Geschäftsführung auf ganz besondere Weise. Dabei hatte er immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Heinrich Mittermair hat unermüdlich Qualität und Fachlichkeit im St. Josefs-Heim weiterentwickelt und mit hoher Kompetenz und weitreichendem Fachwissen den inklusiven Bereich aufgebaut.

Er war in dem Feld der Sozialverbände sehr geschätzt. Von 2001 bis 2013 war er außerdem ein aktives Vorstandsmitglied des LVkE und von 2008 bis 2018 zudem im Fachausschuss Leistung, Entgelt, Qualitätsentwicklung ein hoch engagierter Unterstützer.

Er war immer mit ganzem Herzen bei den Aufgaben für benachteiligte Kinder und Jugendliche dabei und brachte seinen Sachverstand für die wirtschaftlichen Grundlagen der Einrichtungen ein.

Bewegt vom Dienst an jungen Menschen:

KJF trauert um Pfarrer Helmut Heiserer



Pfarrer Helmut Heiserer ist am 25. Juni 2020 in Regensburg verstorben. „Friedlich eingeschlafen, heimgegangen“ ist der 1942 in Straubing geborene, langjährige Direktor des Kinderzentrums St. Vincent der KJF. Nun nimmt die Dienstgemeinschaft der Katholischen Jugendfürsorge, nehmen ihr Vorsitzender Domkapitular Dr. Roland Batz, Ehrenvorsitzender Prälat Dr. Josef Schweiger, die Mitglieder im Vorstand- und Verwaltungsrat und ihr Direktor Michael Eibl Abschied von diesem außergewöhnlichen Menschen, Heilpädagogen und Seelsorger, der sich ganz in den Dienst junger Menschen und ihrer Familien stellte. „Bischof Rudolf und die

Diözese Regensburg sind unserem verehrten Mitbruder Helmut Heiserer für sein priesterliches und pädagogisches Wirken von Herzen dankbar“, stellte der Vorsitzende der KJF, Domkapitular Dr. Roland Batz, heraus.

In seiner Heimatstadt Straubing zelebrierten heute in der Kirche St. Josef der Vorsitzender der Katholischen Jugendfürsorge, Domkapitular Dr. Roland Batz, deren Ehrenvorsitzender, Prälat Dr. Josef Schweiger und Pfarrer Martin Nissel das Requiem für den Weggefährten Helmut Heiserer. „Der Herr selbst hat seinen treuen und menschenfreundlichen Diener, der sein Leben bei der Priesterweihe ganz in Gottes Hand gelegt hat, heimgeführt“, begann Prälat Dr. Schweiger seine Predigt. Es sei schon immer Helmut Heiserers Wunsch gewesen, Priester zu werden. Und dafür habe er so manche von Menschen gemachte Hindernisse überwinden müssen. So klein er auch gewesen sei, so sei er doch ein Kämpfer gewesen und mit seinem zweiten Schutzengel, seiner Schwester an der Seite gelang ihm vieles. Vor einem Jahr beging er das 50jährige Priesterjubiläum in St. Josef in Straubing, die ihm sehr viel bedeutete.

Prälat Dr. Schweiger erinnerte an Helmut Heiserer, an sein weites Herz und seinen hellen Verstand. Das waren seine Talente, die ihm in die Wiege gelegt wurden und mit denen er wucherte. Er hatte ein Herz für Kinder und Jugendliche, für alle Menschen, die nicht im hellen Licht, sondern auf der dunklen Seite des Lebens stehen und von der Gesellschaft wenig beachtet werden. Als Leiter des Kinderzentrums St. Vincent in Regensburg lebte er jahrzehntelang für und mit den jungen Menschen, die einer besonderen Zuwendung und Hilfestellung bedürfen. Im Kinderzentrum St. Vincent konnte er mit seinem weiten Herzen und mit seiner fachlichen, heilpädagogischen Kompetenz den Kindern und Jugendlichen den Weg in eine gelingende Zukunft bahnen. Prälat Dr. Schweiger erinnerte an Helmut Heiserers Worte: „Du musst den jungen Menschen Vertrauen schenken. Dann bekommst Du auch viel Vertrauen zurück!“ Seine Haltung und sein großes Engagement wurden nicht nur in der Diözese Regensburg, sondern auch im Landes- und Bundesverband Katholische Einrichtungen der Heim- und Heilpädagogik sehr geschätzt. Er war viele Jahre aktives Mitglied in diesen Gremien und gab immer wieder Impulse und Anstöße zur fachlichen Weiterentwicklung der Heimerziehung. Darüber hinaus unterstützte er fachlich und finanziell Einrichtungen für Kinder in Rumänien und wirkte bei Pax Christi für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.

Der Vorsitzender der KJF, Domkapitular Dr. Roland Batz, ließ die Stationen im Leben Helmut Heiserers Revue passieren. Helmut Heiserer ist am 14. September 1942 in Straubing geboren und in der Pfarrei St. Josef. aufgewachsen. 1963 legte er am Humanistischen Gymnasium die Reifeprüfung ab. Am Ende seines theologischen Hochschulstudiums empfing er am 29. Juni 1969 die Priesterweihe aus der Hand des damaligen Bischofs Dr. Rudolf Graber. Nach der Zeit als Kaplan in Kelheim Mariä Himmelfahrt und in Straubing Christkönig wurde Helmut Heiserer 1971 zum Studium der Heim- und Heilpädagogik in Zürich freigestellt. Anfang der 1970er Jahre spielte er eine gewichtige Rolle bei der Gründung des Kinderzentrums St. Vincent, das aus dem Kinderheim in der Ostengasse und dem Bischof Wittmann-Heim hervorgegangen ist. „Über viele Jahrzehnte war er dort ein beliebter und anerkannter Leiter und wurde vielen ein priesterlicher Freund und Wegbegleiter“, so Domkapitular Dr. Roland Batz. Er sei stets den Menschen nahe gewesen, „sein ‚Bin bloß i‘ – war sein bekanntes, und von echter Bescheidenheit geprägtes, Begrüßungswort.“

„Helmut Heiserer war nicht nur ein Urgestein unserer KJF, die Katholische Jugendfürsorge ist für ihn zur Heimat geworden. Daneben war er auch der Pfadfinderschaft St. Georg tief verbunden und dort als Seelsorger und Begleiter aufs Höchste geschätzt“, stellte Domkapitular Dr. Batz in seinem Nachruf heraus. Er habe sich in der Verbandsarbeit, u. a. auch in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen für die Erziehungshilfe, jahrelang auf Landes- und Bundesebene eingebracht und große Anerkennung erworben. „Als Heilpädagoge der ersten Stunde hat er die Entwicklungen im Bereich der Erziehungshilfen maßgeblich mitgeprägt. Sein außergewöhnliches Wirken und sein großes Engagement für behinderte und benachteiligte Kinder und Jugendliche wurde 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigt“, so Domkapitular Dr. Batz weiter. Auch die silberne Ehrennadel der Stadt Regensburg wurde ihm verliehen.

Helmut Heiserer war ein leidenschaftlicher Seelsorger, der sich auch über den Ruhestand im Jahr 2014 hinaus noch in Dienst nehmen ließ und die Mitarbeiter, Kinder und Jugendlichen in der KJF seelsorglich begleitete. Er war ein Menschenfreund, ein impulsgebender Heilpädagoge und aufmerksamer Theologe bis zuletzt. Er blieb einer, der über den kirchlichen Tellerrand stets hinausschaute und mit kritischen Anmerkungen die theologischen und kirchlichen Entwicklungen verfolgte. „Für die 51 Jahre seelsorglichen Wirkens als Priester und Erzieher sei ihm aufrichtig gedankt“, schloss Dr. Roland Batz seine Laudatio, „möge der barmherzige Gott ihm Anteil geben am ewigen Leben.“

Predigttext: Prälat Dr. Josef Schweiger

Nachruf und Laudatio: Domkapitular Dr. Roland Batz

zusammenfassende Darstellung: Christine Allgeyer

Erscheinungsort: 80336 München, Lessingstr. 1
Telefon 089/544231 -82
E-mail: info@lvke-caritas-bayern.de
Erscheinungsweise: halbjährlich
Auflage: 400 Stück

Verantwortlich: Petra Rummel
Geschäftsstelle des Landesverbands katholischer Einrichtungen
und Dienste der Erziehungshilfen in Bayern e.V. (LVkE)
Preis: jährl. 16,– Euro, Einzelheft 8,– Euro, zzgl. Porto-/Versandkosten
Konto: LIGA München 216 52 44, BLZ 750 903 00

Redaktionsteam: P. Rummel, C. Deidenbach, A. Schrötter
Satz und grafische Gestaltung: Peter E. Müller, P³M
Druck: Druckerei Menacher • Bahnhofstraße 144 • 86438 Kissing

Gefördert durch Mittel der Freisinger Bischofskonferenz



Spitzenverbandliche Vertretung
Deutscher Caritasverband
Landesverband Bayern e. V.